

Mensch sein – ohne Arbeit?

Haltungen berufstätiger Menschen in
Jena zu Erwerbslosen



V.i.S.i.d.P.:
Menschen ohne bezahlte Beschäftigung – Hilfe und Selbsthilfe e.V.
Unterm Markt 2
07743 Jena
Email: info@mobb-jena.de
Internet: www.mobb-jena.de

Grußwort

„Denken Sie, da passiert noch mal was? Frau K.: Nee. Für den kleinen Mann passiert gar nichts mehr... Das interessiert die nicht, solange wie kein Aufstand kommt wie 53, passiert hier nichts mehr. I1: Also Sie haben das vorhin ganz schön beschrieben, dass die Menschen an sich doch schon sehr, sehr wütend sind, auch beim Arbeitsamt mal schreien. Frau K.: Passiert nichts, Resignieren im Grunde genommen. Für mich ist das Resignation, beziehe ich mich mit ein... I2: Warum haben Sie gesagt 53 und nicht 89? Frau K.: Weil 89 ging friedlich ab. I2: Und Sie glauben friedlich kann's nicht mehr abgehen? Frau K.: Nee, glaube ich nicht... So was, wie 89, das war einmalig. Das gibt's nicht mehr, das kommt nie wieder...“.

Dieses Zitat stammt aus einem Interview mit einer 59-jährigen Bezieherin von Arbeitslosengeld II, das wir im August 2009 geführt haben. Der Interviewpartnerin waren gerade von einem 100-Euro-Geburtstagsgeschenk, das sie von ihrer Tochter erhalten hatte, gesetzeskonform 50 Euro auf den Regelsatz angerechnet worden. Für unsere Interviewpartnerin, die jahrzehntelang im Beruf gestanden hatte, und für die die Wende eine Gelegenheit war, in einen Sozialberuf zu wechseln, war das eine Kränkung, die sie nie vergessen wird. Seit vier Jahren im Regelbezug, aber nach der sogenannten 58er-Regelung nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt, weiß sie eines sicher: „Als Hartz IV bist Du nichts!“ Erst wenn sie den offiziellen Rentenstatus erreicht hat, wird sie, so jedenfalls ihre Hoffnung, wieder Anschluss an die gesellschaftliche „Normalität“ finden. Selbstverständlich wird unsere Interviewpartnerin nicht zu gewaltsamen Protesten aufrufen. Aber die Assoziation zum 17. Juni 1953, der für sie ein traumatisches Erlebnis war, weil sie als Kind inmitten des Aufstands ihren Vater aus den Augen verloren hatte, illustriert, wie tief das Gefühl sozialer Missachtung sitzt, das sie im Hartz-IV-Bezug empfunden hat.

Wenngleich sicher ein singuläres Beispiel, beleuchtet der Fall doch eine soziale Realität, die in den offiziellen Bilanzen zu fünf Jahren Hartz IV in der Regel ausgespart blieb. Die Arbeitsmarktreformen haben, so der Tenor vieler öffentlicher Verlautbarungen, Verkrustungen am deutschen Arbeitsmarkt irreversibel aufgebrochen. Und in der Tat, trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit 1945 sind die offiziellen Arbeitslosenzahlen nicht signifikant gestiegen. Das vermeintliche „deutsche Beschäftigungswunder“ scheint den Reformern Recht zu geben. Und es mangelt nicht an Stimmen, die den eingeschlagenen Reformpfad konsequent weiter gehen möchten. Schon sehen sich Hartz-IV-Bezieher dem Verdacht „spätromischer Dekadenz“ (Westerwelle) ausgesetzt, weil sie mit ihrem Regelsatz vermeintlich in Saus und Braus leben. Der Historiker Paul Nolte empfiehlt Langzeitarbeitslosen „Mohrrüben statt Gummibärchen“ und er weiß, dass er mit derart politisch korrekten Empfehlungen in Talkshows sehr gut ankommt. Und natürlich ist all das nur die ideologische Begleitmusik zu einer Politik, die die Kosten der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Schultern der Schwächsten abwälzt. Laut des World Wealth Reports von Merrill Lynch und Capgemini betrug das gesamte Geldvermögen in Deutschland Ende 2009 4.640 Milliarden Euro. Ein Prozent der Bevölkerung verfügt demnach fast über die Hälfte (47%) des geldwerten Reichtums. Eine solche Reichtumskonzentration hat es in Deutschland noch nie gegeben. Doch während dieses eine Prozent der Bevölkerung allenfalls symbolische Beiträge leisten soll, wird den sogenannten Hartz-IV-Familien das Kindergeld gestrichen.

Dass es angesichts einer derartigen sozialen Schieflage nicht zu einem kollektiven Aufschrei kommt, hängt mit einem ideologischen „Erfolg“ der Hartz-IV-Macher zusammen: Wer lange Zeit ohne Erwerbsarbeit ist, der muss an seiner Lage selbst schuld sein. Dies ist die unmissverständliche Botschaft der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Denn wer aktiviert werden muss, der neigt zu Trägheit, Passivität. Durchaus kalkuliert bedient sich das neue Arbeitsmarktregime dabei des verbreiteten Klischees von „faulen Arbeitslosen“. Und dieses Ressentiment wirkt genau so, wie es wirken soll. Jeder und jede kennt einen faulen Arbeitslosen, man kennt ihn aber vor allem, um zu zeigen, dass man selbst „anders“, fleißig, aktiv, engagiert ist. Das Klischee vom faulen Arbeitslosen dient als Negativfolie, vor der man sich selbst in positivem Kontrast abheben möchte.

Wie sollen die wirklichen Arbeitslosen mit solchen Ressentiments umgehen? Am besten, indem sie sich aktiv und kritisch mit ihnen auseinandersetzen. Eben dies hat das im vorliegenden Band präsentierte Projekt versucht. Durch die Arbeiten der Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer angeregt, haben die Projektmitglieder versucht, Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufzuspüren, die sich gegen Arbeitslose richten. Der Band präsentiert einen Ausschnitt dessen, was für Arbeitslose Alltag ist. Wer wissen will, womit Hartz-IV-Empfänger_innen tagtäglich konfrontiert werden, dem sei die Lektüre dieses Projektberichts an Herz gelegt. Das auch, weil er ganz nebenbei die Mär von den passiven Arbeitslosen widerlegt. Bei aller Kritik an ungerechtfertigten Urteilen, negativen Klassifikationen und problematischen Projektionen sollten wir eines aber nicht vergessen.

Die Solidarität mit Arbeitslosen ist in Jena nicht verschwunden. Bei einer repräsentativen Umfrage in fünf Jenaer Betrieben nahm die große Mehrheit der Befragten trotz starker Betonung des Leistungsethos durchaus eine solidarische Grundhaltung gegenüber Arbeitslosen und prekär Beschäftigten ein. Nur 19 % der Befragten waren der Ansicht, Arbeitslose müssten stärker unter Druck gesetzt werden. Das mögen noch immer 19 % zu viel sein, aber es gibt doch keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Nicht nur Jenaer Arbeitslose sollten das als Ermutigung betrachten, offensiv mit ihrer Situation umzugehen. Der vorliegende Band ist ein guter Schritt zu einer solchen Grundhaltung. Auch deshalb wünsche ich den Autor_innen eine große Verbreitung ihres Berichts.

Klaus Dörre, Jena

Inhalt

	Seite
Vorwort	6
Mensch sein – ohne Arbeit? Vorurteile gegen Arbeitslose Einleitung	9
Teil I: Arbeitslosigkeit und Gesellschaft	
„...mit relativ geringem Aufwand den größten Profit zu machen...“ Ursachen der Arbeitslosigkeit	17
Von der Bildung bis zur Rente Aufgaben des Sozialstaates	18
„... und daher ist das in meinen Augen ein ganz schlechte Reform“ Zweck von Hartz IV	24
<i>Exkurs:</i> Sozialstaat, Arbeit und Menschenwürde	34
Teil II: Arbeitslosigkeit „von innen“	
„...dass es ein großes Unglück ist“ Grundangst vor Arbeitslosigkeit	39
„... die haben einen ganz großen Knick in ihrer Psyche“ Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf den Menschen	40
„...das reicht hinten und vorne nicht“ Teilhabe am gesellschaftliche Leben	42
Teil III: Arbeitslosigkeit „von außen“	
„Sinninhalt des Lebens...“ Bedeutung der Erwerbsarbeit	44
Zwischen „tendenziös“ und „schlecht“ Die Hartz-IV-Berichterstattung	45
Unbezahlte Beschäftigung ist sinnvoll, aber kein Ersatz für reguläre Jobs Erwerbslosigkeit und Ehrenamt	49
Nachwort	51
Anhang : Auszüge aus den Interviews	53

Vorwort

In Jena sind im Vergleich mit anderen ostdeutschen Städten weniger Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. Die offizielle Quote lag im April 2010 bei 8,3%. Jedoch sind mehr als zwei Drittel der ca. 4300 gemeldeten Arbeitslosen länger als ein Jahr erwerbslos und damit Hartz-IV-Empfänger. Insgesamt sind etwa 10.000 Jenaer Bürgerinnen und Bürger auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen, darunter etwa 2500 Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre.¹ Dabei sind immer mehr Menschen gar nicht arbeitslos, sondern erhalten ergänzende Leistungen, weil ihr Lohn nicht existenzsichernd ist.

Im Juni 2005 gründete sich der Verein „Menschen ohne bezahlte Beschäftigung – Hilfe und Selbsthilfe e.V.“. Erklärtes Ziel war es, arbeitslosen und in Not geratenen Menschen zu helfen und sie zur Selbsthilfe zu befähigen. Gab es zunächst nur eine Kontakt- und Anlaufstelle für ALG II – Empfänger, kamen im Lauf der nächsten Jahre verschiedene soziale und kulturelle Projekte hinzu.

Bei ihrer Arbeit sind die Vereinsmitglieder immer wieder mit Vorurteilen gegenüber Arbeitslosen konfrontiert. Häufig werden diese jedoch nicht offen geäußert, sondern sind lediglich im Verhalten sowie in getroffenen Entscheidungen zu spüren.

Es stellt sich deshalb die Frage, welches Bild vom Arbeitslosen existiert und von welchen Faktoren es beeinflusst wird. Inwieweit stimmt zum Beispiel das Bild vom Arbeitslosen mit dem von einigen Medien verbreiteten überein? Welche Unterschiede gibt es?

Was wissen Menschen, die nie von Arbeitslosigkeit betroffen waren, von der Hartz-IV-Gesetzgebung? Wird die Haltung zu Arbeitslosen von der Tatsache beeinflusst, ob man selbst schon einmal arbeitslos war oder davon, wie groß die Angst davor ist, selbst arbeitslos zu werden?

Nicht weniger wichtig ist die Frage, wie sich nach Meinung der Bürgerin / des Bürgers Arbeitslose verhalten sollen, insbesondere dann, wenn ihre Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt infolge Alters, gesundheitlicher Beeinträchtigungen oder nicht mehr zeitgemäßer beruflicher Qualifikation als gering eingeschätzt werden müssen. Sollen sie beispielsweise ihre ganze Kraft darauf richten, eine Arbeit zu finden? Gilt die These: jede Arbeit ist besser als keine? Welche Alternativen sind möglich?

Die Idee, aus diesen Fragen heraus ein Projekt zu entwickeln, kam mit der Veröffentlichung der Studie von Prof. Wilhelm Heitmeyer. Unter seiner Leitung wird seit 2002 eine Langzeituntersuchung über „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ durchgeführt. In der Befragung des Jahres 2007 wurde festgestellt, dass 56% der Deutschen Langzeitarbeitslosen feindselig oder abwertend gegenüber stehen.²

Wir wandten uns an das Institut für Soziologie der Universität Jena und wurden im Lehrstuhl Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie sehr freundlich empfangen, hatte es doch bereits früher Kontakte zum MobB e.V. gegeben. Da Professor Klaus Dörre und seine MitarbeiterInnen auch empirische Untersuchungen zu den Folgen des Hartz IV-Gesetzes durchführen, hatten sie auch Mitglieder des Vereins interviewt.

Unterstützung wurde zugesagt und wir beantragten bei der Stadt ein Projekt beim „Fond für politische Bildung“. Der Fond war 2008 eingerichtet worden, um Projekte zu fördern, die der „Anerkennung und dem Verständnis der Heterogenität des Menschen in Ethnie, Alter, Behinderung, sexueller Orientierung, Religion, Lebensstil und sozialem Status dienen“.³

¹ Quelle: Bericht des Eigenbetriebes „Jenarbeit“, April 2010. Der Bericht weist nur 2.200 Sozialgeldempfänger aus. Hinzu kommen jedoch ca. 300 Kinder, die Wohngeld erhalten, aber finanziell auf dem Sozialhilfeniveau verblieben sind.

² Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt/Main 2008. Die Studie von 2009 zeigt kein verändertes Bild.

³ Fond für politische Bildung und Projektarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Intoleranz

Dazu sollte auch unser Projekt beitragen. Über Interviews wollten wir die Haltungen Jenaer Bürgerinnen und Bürger zu Erwerbslosen erfragen. Diesen *Fremdbildern* sollten *Eigenbilder* erwerbsloser Menschen gegenübergestellt werden, um durch das Kennenlernen der Positionen zu Verständnis und Empathie zu gelangen und somit dazu beizutragen Vorurteile abzubauen.

Im Mai 2008 begann die Arbeit. Wir lernten Katharina Osthoff, damals Studentin am Institut für Soziologie, kennen, die an einer Magisterarbeit zum Thema „Haltungen Erwerbstätiger zu Erwerbslosen“ arbeitete und uns bei der Arbeit unterstützen sollte.

Wir, das waren sechs Menschen, nicht alle erwerbslos, aber alle mit der Erfahrung der Lebenssituation Arbeitslosigkeit.⁴ Keine Erfahrungen hatten wir mit soziologischer Forschung. Wie konnten wir herausfinden, welche Haltungen berufstätige Menschen zu erwerbslosen haben? Auch die praktische Seite war uns zunächst unklar. Wie gestaltet man ein Interview, worin bestehen die Unterschiede zwischen quantitativen und qualitativen Befragungen und welche Bedeutung haben Statements?

Später konnten wir diese Fragen beantworten. Frau Osthoff erarbeitete mit uns einen Fragebogen. Neben ihrer Haltung zu Arbeitslosen sollten die Interviewten allgemein die politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland einschätzen. Sie sollten über ihre Erwerbsbiographie befragt werden, um herausfinden zu können, ob und wie sich eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit auf die Haltung zu Arbeitslosen auswirken.

Der Fragebogen wurde mehrmals überarbeitet und enthielt schließlich mehr als vierzig Fragen. Wie sich später herausstellte, schafften wir es nicht alle Themen, die sich aus den Fragen ergaben, zu bearbeiten (siehe Nachwort).

Wer sollten unsere Interviewpartner sein? Wir beschlossen, zunächst Menschen aus unserem Bekanntenkreis zu befragen. Um Gefälligkeitsantworten zu verhindern, wurde in den meisten Fällen „getauscht“, so dass sich Interviewer und Interviewter nicht kannten. Insgesamt wurden zehn Interviews geführt. Um die Anonymität zu wahren, haben wir die (ehemaligen) Kollegen, Bekannte und Freunde nach ihren Berufen bzw. ihren Tätigkeiten benannt. Uns antworteten:

- eine Arzthelferin
- eine Autorin
- ein Betriebsrat
- ein Chemiker
- ein Elektriker
- ein Musiker
- ein Physiker
- ein Physiotherapeut
- ein technischer Mitarbeiter
- ein Techniker

Die Ergebnisse der Befragungen sind daher nicht repräsentativ, ja sogar willkürlich – dennoch, wie wir hoffen - aufschlussreich und anregend.

Zwei der Interviews (der Physiker und die Arzthelferin) liegen allerdings nur als Gedächtnisprotokolle vor, da die Aufnahmegeräte, die wir zunächst beim Offenen Hörfunkkanal geliehen hatten, ihren Dienst versagten.

Die Mitarbeit im Projekt erfolgte auf ehrenamtlicher Basis, was sowohl die Durchführungen der Interviews als auch deren zeitaufwändige Verschriftlichung betrifft.

Zu Beginn des Projektes hatten wir uns mit Unterstützung von Dr. Michael Behr und Studierenden vom Institut für Soziologie mit Methoden der Auswertung qualitativer Interviews

⁴ Die Zahl der Projektteilnehmer schwankte. Manche fanden Arbeit und hatten keine Zeit mehr. Andere kamen hinzu.

befasst. Frau Osthoff hatte uns die (wenigen) vorhandenen Studien vorgestellt, die es zum Thema „Haltung zu Arbeitslosen“ gibt.

Spätestens, als Frau Osthof das Projekt verlassen musste, weil sie ihr Studium beendet und eine Arbeit aufgenommen hatte, wurde uns klar, dass aus uns keine Soziologen werden würden und wir einen anderen Zugang zu den Interviews benötigten. Schließlich nahmen wir die Texte als das, was sie für uns waren: Aussagen, die man interpretieren konnte.

Auch weil die Zeit voranschritt und das Ende der Förderung näher rückte, beschlossen wir, uns auf die Antworten einiger weniger Fragen zu beschränken. Diejenigen Fragen, die uns besonders wichtig erschienen und die auch in der Gruppe ausführlich und teilweise heftig diskutiert worden waren: zum Beispiel zu Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das Leben eines Menschen, zur Rolle der Medien beim Bild der Arbeitslosen, oder auch zu den Aufgaben des Sozialstaates.

Die Kapitel zu einzelnen Themen wurden von den Mitgliedern der Projektgruppe verfasst und sind in ihrem Aufbau bewusst unterschiedlich gehalten – je nach Intention der Autorin oder des Autors.

In den Kapiteln werden die Aussagen unserer Interviewpartner zu den einzelnen Themen dargestellt. Es wird nach den Ursachen der jeweiligen Einstellungen und Überzeugungen gefragt und diese auch mit den Auffassungen der Projektgruppe verglichen. Aussagen und Schlussfolgerungen bleiben dabei individuell. Es geht nicht um Vorurteile, Vorwürfe oder ähnliches. Das Kennenlernen der unterschiedlichen Positionen soll Verständnis und Empathie ermöglichen und somit dazu beitragen Vorurteile abzubauen.

Den Einzeldarstellungen geht eine Einführung zu Ursachen und Wirkungen von Vorurteilen gegenüber Arbeitslosen voraus.

Im Anhang sind Ausschnitte aus den Interviews zu finden, geordnet nach Fragen bzw. Themen. So besteht die Möglichkeit, die in den einzelnen Kapiteln aufgeführte Zitate im Zusammenhang wahrzunehmen.

Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich bei den Menschen bedanken, die uns ihre Zeit für die Interviews geschenkt und geduldig auf alle unsere Fragen geantwortet haben.

Unser Dank gilt Prof. Klaus Dörre, Dr. Michal Behr und Katherina Osthoff vom Institut für Soziologie der Universität Jena und der Stadt Jena für die finanzielle Unterstützung, wodurch die Durchführung des Projektes und der Druck dieses Buches erst möglich wurden.

Jena, im Juni 2010

Mensch sein – ohne Arbeit? Vorurteile gegen Arbeitslose

Einleitung

Ein Vorurteil ist eigentlich ein vorab wertendes Urteil. Es entsteht dann, wenn noch nicht alle relevanten Eigenschaften von Menschen, Ereignissen oder Sachverhalten bekannt oder berücksichtigt wurden. Vorurteile sind in der Regel abwertende Urteile, häufig verallgemeinernd und damit Klischees ähnlich. Ursachen für Vorurteile sind Konflikte innerhalb einer Gesellschaft, die diese in der gegebenen Situation nicht bewältigen kann. Vorurteile verweisen somit auf den geistigen Zustand dieser Gesellschaft und verändern sich mit deren Entwicklung.

Unbewältigte Konflikte, die zu Vorurteilen führen, sind auch Gegenstand der seit 2002 durchgeführten Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ zu Einstellungen der Deutschen. Jährlich werden etwa 2000 Menschen nach ihren Haltungen befragt, um so Entwicklungen einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ dazustellen. Diese zeigt sich demnach in rassistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Äußerungen, aber auch der Abwertung von homosexuellen oder behinderten Menschen. 2007 wurden erstmals nach Haltungen gegenüber Langzeitarbeitslosen gefragt.

Nichts Neues: Vorurteile gegen Arbeitslose

Die Studie kam dabei zu dem Ergebnis, dass bereits ein Drittel der Befragten der Aussage zustimmt, dass die Gesellschaft sich „wenig nützliche Menschen nicht mehr leisten“ könne. Gleichzeitig stehen 56% aller Befragten Langzeitarbeitslosen feindselig oder abwertend gegenüber.¹

Vorurteile gegen erwerbslose Menschen gibt es nicht erst seit heute. So veröffentlichte im August 2005 das Diakonische Werk unter dem Titel „Arbeitslose im Abseits“ „Fakten gegen Vorurteile“. Die Publikation bezog sich unter anderem auf ein 2003 vom Deutschen Gewerkschaftsbund publiziertes Papier mit dem Titel „10 Vorurteile gegen Arbeitslose und Sozialhilfeberechtigte und mehr als 10 Argumente dagegen“. Die wiederum greift auf die Ergebnisse der Landesarmutskonferenz Niedersachsen von 1998 zurück.²

Die Ende der neunziger Jahre populären Vorwürfe sind die gleichen wie heute:

"Wer Arbeit will, findet auch welche ..."

"Arbeitslosen geht es finanziell viel zu gut ..."

"Die meisten Arbeitslosen wollen gar nicht arbeiten gehen ..."

"Arbeitslose sind nicht flexibel genug ..."

Auch die Argumente dagegen sind die gleichen. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit ist insbesondere der Vorwurf, gar nicht arbeiten zu wollen, haltlos, da sich die meisten erwerbslosen Menschen sehr intensiv um eine neue Arbeit bemühen und auch häufig unter der erzwungenen Untätigkeit leiden.

Finanziell geht es vielen Arbeitslosen nicht gut. So erhielten (2002) 70% aller Arbeitslosenhilfempfänger weniger als 600 € und waren daher oft auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Untersuchungen belegen, dass die überwiegende Zahl der Arbeitslosen sich nicht nur intensiv um Arbeit bemüht, sondern auch einen Berufswechsel in Kauf nehmen würde, einen längeren Weg zu Arbeit oder schlechtere Arbeitsbedingungen.³

¹ Heitmeyer, W. (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt am Main 2008, S. 25 ff.

² Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck e.V. (Hg.), Arbeitslose im Abseits. Wenn Armut Mauern baut. „Fakten gegen Vorurteile, Kassel 2005. - Landesarmutskonferenz Niedersachsen und DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt (Hg.), 10 Vorurteile gegen Arbeitslose und Sozialhilfeberechtigte und mehr als 10 Argumente dagegen, Hannover 2003.

³ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Kurzbericht Nr. 9 / 2000.

Die Bilder gleichen sich

Durch die Einführung des Hartz-IV-Gesetzes im Jahr 2005 wurden nicht nur Arbeitslosen- und Sozialhilfe „zusammengelegt“, sondern auch die Vorurteile. Die Behauptung, dass das Arbeitslosengeld II höher sei als das Einkommen vieler Geringverdiener, klang vorher so:

"Die Sozialhilfe ist oft höher als die Einkommen von Niedrigverdienern ..."

Allerdings galt vor der Einführung von Hartz IV im Bundessozialhilfegesetz das so genannte Lohnabstandsgebot, so dass die Sozialhilfe mindestens 25% unter der untersten Entgeltgruppe lag. Seit 2005 wird der entsprechende Abstand über die Erwerbstätigenfreibeträge geregelt. So wie es geringfügig Beschäftigte gab, die ergänzende Sozialhilfe bekamen, sind heute viele Hartz IV – Empfänger gar nicht arbeitslos, sondern erhalten „aufstockende Leistungen“. Auch die Behauptung, diese würden Leistungen missbräuchlich in Anspruch nehmen⁴, ist nicht neu, zuvor hieß es:

„Es gibt zuviel Missbrauch bei der Sozialhilfe...“

Auch dieser Vorwurf ist durch Untersuchungen widerlegt, da diese immer wieder zu dem Ergebnis kamen, dass maximal 1% - 5% aller Antragsteller missbräuchlich Leistungen in Anspruch nahmen.⁵ Die Bundesagentur gab für das Jahr 2009 an, dass gegen 1,9% aller Leistungsempfänger Straf- und Bußgeldverfahren eingeleitet worden waren.⁶

Dass Vorurteile offenbar erlernt werden können, zeigt eine andere Statistik. 1994 stimmten 39% aller Westdeutschen dem Satz zu, dass viele Arbeitslose gar nicht arbeiten wollen, 2001 waren es bereits 66%. In Ostdeutschland stieg die Zustimmung in dieser Zeit von 11 auf 40 Prozent!⁷ Und im Jahr 2010 konnten bei der Haltung gegenüber Arbeitslosen keine Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Befragten festgestellt werden.⁸

Faulheitsdebatten

Trotz ihrer Widerlegbarkeit sind Vorurteile gegen Arbeitslose also weit verbreitet. Ein charakteristisches Beispiel dafür sind die Debatten um deren „Faulheit“. Diese lassen sich bis in das Jahr 1975 zurückverfolgen, als die Arbeitslosigkeit nach den Jahren des „Wirtschaftswunders“ stark anstieg.

Eine heftige Diskussion gab es zu Beginn der achtziger Jahre, bei der auch der Ausdruck der „sozialen Hängematte“ geprägt wurde, in der es sich Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger bequem machen würden. 1993 sprach der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl vom „kollektiven Freizeitpark“, und acht Jahre später meinte Gerhard Schröder: „Es gibt kein Recht auf Faulheit.“

Wie festgestellt wurde, tauchen diese Debatten in gewisser Regelmäßigkeit auf, und zwar immer dann, wenn die Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen ist oder auch eine Bundestagswahl bevorsteht. Kein Zusammenhang ergibt sich hingegen zu den gegen Arbeitslose verhängten Sperrfristen aufgrund der Ablehnung einer zumutbaren Arbeit.⁹

⁴ Vorrang für die Anständigen - Gegen Missbrauch, "Abzocke" und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005.

⁵ Seligmann, M., Weder Sozialmissbrauch noch Leistungsexplosion. Expertise im Auftrag des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf 2006.

⁶ Die Überschrift einer Zeitungsmeldung lautete dann: „Hartz-IV-Missbrauch nimmt zu“ (TAZ vom 02.02.2010)

⁷ Osthoff, K., Opfer oder Schmarotzer? Der Blick auf Arbeitslose im Spiegel der eigenen Erwerbsbiographie. Eine empirische Analyse von Bestimmungsgründen für (Vor)Urteile von Erwerbstätigen in Jena. Magisterarbeit, Jena 2009, S.

⁸ Zick, A., Arbeitslos, nutzlos, abgewertet. Vorurteile gegenüber Arbeitslosen sind in Deutschland weit verbreitet. Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, März 2010, S. 3.

⁹ Oschmiansky, F., Kull, S., Schmid, G., Faule Arbeitslose? Politische Konjunktoren einer Debatte. 2001

Eine wiederkehrende Forderung von Politikern und Wissenschaftlern ist die, die Sozialleistungen zu senken, um den Anreiz für eine Arbeitsaufnahme zu erhöhen.¹⁰

In den vergangenen wurde Jahren wiederholt verlangt, Arbeitslose müssten gemeinnützige Tätigkeiten ausüben.¹¹ Im Januar 2010 forderte der hessische Ministerpräsidenten Roland Koch die Einführung einer Arbeitspflicht für Langzeitarbeitslose.¹²

Arbeit als Wesensmerkmal des Menschen

Aber woher kommen die Vorurteile? Die Fähigkeit zu arbeiten gilt als ein Wesensmerkmal des Menschen. Nur durch Arbeit konnte sich die Spezies zu dem entwickeln, was sie heute ist. Allerdings wurde und wird Arbeit unterschiedlich bewertet - als Möglichkeit zum Schöpfertum oder zur Schaffung von Werten - aber auch als „Mühsal und Plage“.

Um die Frage beantworten zu können, warum Arbeit so einen hohen Stellenwert hat, sollte von einem sehr weitem Arbeitsbegriff ausgegangen werden, der körperliche, geistige und künstlerische Arbeit einschließt.

Arbeit hat sehr unterschiedliche Funktionen. Sie kann dem Lebensunterhalt dienen oder auch das Nichtstun verhindern. Es gibt Familienarbeit, ehrenamtliche Arbeit, aber auch Freizeit“arbeit“. Denn immer, wenn der Mensch nicht arbeitet, schläft, isst oder ausruht, beschäftigt er sich. Dafür hat er je nach Kultur und Gesellschaft die verschiedensten Möglichkeiten, hierzulande zum Beispiel: Gartenarbeit, Wandern, Bergsteigen, Lesen, Stricken, Fernsehen, Gesellschaftsspiele machen, Museen besuchen, durch eine Stadt laufen, auf der Wiese liegen... Alles was der Mensch tut, kann Arbeit sein, muss aber nicht. Körperliche Arbeit im Garten kann Ausgleich sein für geistige oder Büroarbeit, sportliche Betätigung ebenso. Nicht nur Lesen beschäftigt den Geist, auch beim Wandern ist Zeit zum Nachdenken.

So erklärt sich wohl auch, warum das „Zusammenspiel“ aller Formen der Arbeit sowie der Beschäftigung für ein sinnvolles, erfülltes Leben des Menschen wesentlich ist.

Die Erwerbsarbeit ist seit langem eine wichtige Form der Arbeit, heute ist sie nicht nur der „Normalstatus“ des (erwerbsfähigen) Menschen, sondern auch die Grundlage für alle weiteren Möglichkeiten seiner Existenz.

Arbeitslosigkeit als Eigenschaft der Gesellschaft

Zugleich ist und bleibt die Arbeitslosigkeit eine Eigenschaft der heutigen Gesellschaft. Dabei schwankt der Anteil der Arbeitslosen unter den erwerbsfähigen Menschen, steigt jedoch aufgrund der wachsenden Produktivität tendenziell an. Anstelle von unbefristeten Vollzeitstellen treten immer häufiger Befristungen, Teilzeit- und Leiharbeit und geringfügige Beschäftigung, so dass das Erwerbsleben vieler Menschen immer „brüchiger“ wird.¹³

Obwohl Arbeitslosigkeit deshalb immer mehr Menschen – zumindest zeitweise – betrifft, wird unterstellt, dass sie sich beseitigen lässt. Vollbeschäftigung ist nach wie vor ein Ziel eines großen Teils der politisch Aktiven in Deutschland.¹⁴

¹⁰ „Während die realen Nettolöhne zurückgehen werden, bleibt die Sozialhilfe nicht wie geplant eingefroren. ...Der Wechsel auf einen regulären Arbeitsplatz wird so immer unattraktiver.“ - „Bei einem niedrigeren 'Hartz IV'-Regelsatz würde sich eigene Arbeit vergleichsweise besser lohnen und der Anreiz, arbeiten zu gehen, wäre stärker“ (Focus online, 03.01.1994, 07.09.2008)

¹¹ So der CSU-Bundestagsabgeordnete Stefan Müller (CSU): „Alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen müssen sich jeden Morgen bei einer Behörde zum ‚Gemeinschaftsdienst‘ melden und werden dort zu regelmäßiger gemeinnütziger Arbeit eingeteilt – acht Stunden pro Tag, von Montag bis Freitag. Wer sich verweigert und nicht erscheint, muss mit empfindlichen Einbußen rechnen.“ (BILD, 14.06.2006)

¹² „Wir müssen jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertiger Arbeit, im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung“. (Spiegel online, 16.01.2010).

¹³ Trischler, F., Kistler, E.: Erwerbsverläufe im Wandel. Stadtbergen 2010

¹⁴ Zum Beispiel: „Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung“. In: Fairness auf dem Arbeitsmarkt. Papier des SPD-Präsidiums vom 15.03.2010, S. 6.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie viele Arbeitslose es geben darf, damit von Vollbeschäftigung gesprochen werden kann. Die Angaben schwanken zwischen 2% und 4%. In Deutschland wurde die Arbeitslosenquote im März 2010 mit 8,6% bzw. 3,586 Millionen Menschen angegeben. Diese öffentlich präsentierten Zahlen entsprechen jedoch schon lange nicht mehr der Realität, da immer mehr Menschen aus der Statistik herausfallen.

So gelten Ein-Euro-Jobber nicht als arbeitslos, obwohl sie keine versicherungspflichtige Beschäftigung haben. In der Statistik fehlen diejenigen, die an einer „Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ teilnehmen oder von einem privaten Unternehmen vermittelt werden sollen. Auch eine Krankschreibung beendet statistisch gesehen die Arbeitslosigkeit. So fielen im März 2010 etwa 1,2 Millionen Menschen aus der den Medien präsentierten Statistik. In den Berichten der Bundesagentur für Arbeit werden diese Arbeitslosen als „Unterbeschäftigte“ bezeichnet.¹⁵

Hinzu kommen im Frühjahr 2010 aber noch mehr als 800.000 Kurzarbeiter und eine unbekannte Zahl von Frauen und Männern, die sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.

Insgesamt müssen also zwischen fünf und sechs Millionen Menschen als arbeitslos gelten.

Umgang mit Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen

„Vermittlung“ und „Arbeitsförderung“

Wie geht die Gesellschaft mit der Arbeitslosigkeit und den Arbeitslosen um? Als staatliche Einrichtung ist die Bundesagentur für Arbeit zuständig. Diese entstand zum 1. Januar 2004 aus der Bundesanstalt für Arbeit als „Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ bzw. „Hartz III“. Vorausgegangen war hier die Kritik, die Arbeitsämter würden nicht ausreichend Arbeitsplätze vermitteln.

Die Zahl der Arbeitslosen lag und liegt um ein Mehrfaches über der Zahl der offenen Stellen. So standen im März 2010 den ca. 4,7 Millionen als arbeitslos bzw. unterbeschäftigt gemeldeten Menschen 503.000 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete offene Stellen gegenüber. Deutschlandweit gab es - entsprechend den Betriebsbefragungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) – ca. 942.000 freie Stellen. Um eine Vollbeschäftigung – eine Arbeitslosenquote unter 2% - zu erreichen, fehlen rein rechnerisch gesehen mehr als 4 Millionen Stellen!

Die Vermittlung gehört zu den „Leistungen der Arbeitsförderung“. Diese gliedern sich im Wesentlichen in Maßnahmen zum Erhalt von Arbeit und Milderung bei Verlusten (Kurzarbeiter- und Insolvenzgeld), zur Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt (Weiterbildung und Training), Unterstützung bei Aufnahme einer Arbeit (Mobilitätsbeihilfen u.ä.) und die Arbeitsbeschaffung. Bei letzterer wird zwischen dem erstem, regulären, und dem zweiten, dem geförderten Arbeitsmarkt unterschieden.

„Vorübergehende Beschäftigung“

Auf dem zweiten Arbeitsmarkt werden Arbeitsplätze gefördert, wenn sie dazu dienen, „insbesondere bei hoher Arbeitslosigkeit ... zumindest vorübergehend eine Beschäftigung zu ermöglichen“. Ziel ist demzufolge die „Erhaltung oder Wiedererlangung der Beschäftigungsfähigkeit“. Bei diesen „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ muss es sich um „zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten“ (§ 260 SGB III) handeln. Dafür erhält der Arbeitgeber seine Kosten in vollem Umfang erstattet. Analoge Stellen gibt es auch für langzeitarbeitslose Menschen – sie heißen dann „Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante“. Sie sind wie die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zeitlich befristet und führen nicht zu einem Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Mit der Einführung des Hartz IV – Gesetzes wurde eine neue Form der Beschäftigung eingeführt: die als 1-Euro-Job bekannt gewordenen „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“. Die Dauer des „Jobs“ ist auf sechs Monate begrenzt und die MAE wird oft als „Test“

¹⁵ Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland - Monatsbericht März 2010, Nürnberg 2010.

für die Arbeitsfähigkeit des Menschen betrachtet. Gemeinnützige Verbände und Einrichtungen erhalten allerdings mehr Geld dafür, dass sie Langzeitarbeitslose beschäftigen, als diese als Aufwandsentschädigung bekommen.

Es gibt nur eine einzige geförderte Beschäftigungsform – auch diese erst seit ca. 3 Jahren - die nicht befristet ist: die Beschäftigung nach § 16e SGB II. Voraussetzung ist hier, dass der Mensch neben der Erwerbslosigkeit durch „zwei weitere in seiner Person liegende Vermittlungshemmnisse besonders schwer beeinträchtigt“ ist.

Darüber hinaus gibt es die verschiedensten regionalen und überregionalen Programme zur Förderung von Arbeitslosen. Gemeinsames Ziel sind „bessere Arbeitsmarktchancen für junge Menschen, Alleinerziehende und ältere Arbeitsuchende“.¹⁶

Zuschüsse für „Minderleistungen“

Immer nur anteilig und befristet gefördert werden Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ziel ist hier die „Eingliederung von leistungsgeminderten Arbeitnehmern“.

Die Höhe und Dauer der immer befristeten Förderung durch Lohnkostenzuschüsse ist vom Grad der „zu erwartenden Minderleistung“ abhängig. Die höchsten Eingliederungszuschüsse erhalten demzufolge schwerbehinderte ältere Arbeitslose.

Grenzen der Förderung

Die Förderung ist also überwiegend auf Arbeitslose mit Defiziten gerichtet. Unterschieden wird zwischen solchen, die gegeben sind (Alter, Gesundheit, familiäre Situation) oder solche, die überwunden werden können (unzureichende Qualifizierung, mangelnde Motivation u.a.). Ziel der Arbeitsmarktpolitik ist die Verbesserung der Chancen von Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt.

Geförderte Stellen können nur von arbeitslosen Menschen besetzt werden. Kein Arbeitgeber - auch kein nicht gewinnorientiertes Unternehmen, wie zum Beispiel eine Kommune - kann geförderte Arbeitsplätze schaffen und diese dann „normal“ ausschreiben.

Menschen, die „nur“ arbeitslos sind, weil sie keine Arbeit finden, haben lediglich die Möglichkeit auf eine „Ersatzarbeit“, wie sie die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen darstellen. Ursache dafür ist, dass die Arbeitsmarktpolitik darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen darf, was bei der Subventionierung „normaler“ Arbeitsplätze der Fall wäre.

Dies erklärt auch, warum die Zahl der geförderten Stellen die Höhe der Arbeitslosigkeit kaum beeinflusst. Addiert man die im Arbeitsbericht vom 2010 genannten Zahlen für die beschriebenen Maßnahmen, wurden etwa 213.000 Menschen gefördert. Das entspricht 4-5% aller registrierten Arbeitslosen.

Arbeitslosigkeit und Sozialstaat

Im Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ 1954 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass es aufgrund dieses Sozialstaatsgebots einen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen geben müsse. 1962 wurde in der Bundesrepublik dann die Sozialhilfe eingeführt, wobei die Bundesländer zunächst über die Höhe des Regelsatzes entschieden. 1976 wurde die Sozialhilfe Bestandteil der Sozialgesetzgebung.

Systeme zur soziale Sicherung existieren natürlich schon länger. In Deutschland wurde 1883 durch den damaligen Reichskanzler Bismarck die gesetzliche Krankenversicherung eingeführt, 1884 folgte die Unfallversicherung, 1889 die Invaliditäts- und Alterssicherung. Erst 28 Jahre später gab es erstmals eine Arbeitslosenversicherung. Dieses „Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ wurde 1969 durch das Arbeitsförderungsgesetz, das „Gesetz über die Leistungen und Aufgaben zur Beschäftigungssicherung und zur Förderung des Wirtschaftswachstums“ (AFG) abgelöst.

¹⁶ Zitiert nach der Kabinettsitzung Bundesregierung vom 21.04.2010, Hervorhebung von mir.

In der DDR gab es offiziell keine Arbeitslosen, eine Arbeitslosenversicherung existierte demzufolge nicht. Jedoch kümmerten sich Ämter um die Vermittlung von Arbeitsstellen und halfen bei finanziellen Notlagen.

Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Das Arbeitslosengeld wurde bei seiner Einführung als Versicherungsleistung vor mehr als achtzig Jahren maximal 26 Wochen gezahlt, danach gab es die Möglichkeit einer so genannten Krisenunterstützung. 1956 wurde in der Bundesrepublik die aus Steuermitteln finanzierte Arbeitslosenhilfe - ebenfalls als Versicherungsleistung - eingeführt.

Diese war ähnlich wie die Sozialhilfe an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Zum Beispiel wurde das Einkommen des Ehepartners angerechnet, und das Vermögen durfte bestimmte Grenzen nicht überschreiten. Diese Regelungen wurden seit 1990 mehrfach verschärft, so dass immer weniger Erwerblose Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten. Wenn dieser bestand, wurde die Arbeitslosenhilfe zeitlich unbegrenzt gewährt, aber der Antrag musste jährlich neu gestellt werden, wobei die Anspruchsvoraussetzungen jedes Mal geprüft wurden.

Die Arbeitslosenhilfe betrug bis Ende 2004 53% (bzw. 57%, wenn Kinder da waren) des Arbeitsentgeltes, konnte also hoch ausfallen, aber auch so niedrig, dass ergänzend Sozialhilfe gewährt werden konnte. Diese orientierte sich am Existenzminimum und sollte dem Empfänger der Hilfe „die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“ (§ 1 des Bundessozialhilfegesetzes).

Der Unterschied zwischen Arbeitslosen- und Sozialhilfe bestand also nicht nur in der Höhe der Sozialleistungen. Dass jemand Arbeitslosenhilfe bekam, verwies darauf, dass der Mensch zumindest einmal gearbeitet hatte, während Sozialhilfe diejenigen bekamen, die nicht arbeiten konnten oder wollten.

Diese Trennung zwischen Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wurde 2005 aufgehoben, zum alleinigen Kriterium wurde die Erwerbsfähigkeit.

Hartz IV als Paradigmenwechsel

Die Einführung von Hartz IV bedeutete einen tiefen Einschnitt in das Leben von Millionen von Menschen.¹⁷ Durch den Wegfall der steuerfinanzierten Versicherungsleistung Arbeitslosenhilfe und die Einführung einer Sozialleistung für alle „erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ „verwandeln“ sich nun die meisten Arbeitslosen nach einem Jahr in Sozialhilfeempfänger. Das bedeutet nicht nur finanzielle Einbußen, sondern auch den Verlust des sozialen Status, der sich aus dem Bildungsgrad des Menschen, seinem Beruf bzw. seiner beruflichen Stellung und seinem Einkommen ergibt. Beim Bezug von Hartz IV sind aber weder der Beruf noch das zuvor erzielte Einkommen von Bedeutung. Ob ungelernt oder hochqualifiziert – alle bekommen das Gleiche, auch unabhängig von der Zahl der Arbeitsjahre. Die Folge ist eine so genannte Statusinkonsistenz, da erworbener und zugeschriebener Status nicht mehr zusammenpassen.

Die Menschen wurden Teil einer neuen sozialen Schicht - der Hartz-IV-Empfänger. Die auf dem Namen des „Gesetzeserfinders“ beruhende, willkürliche Bezeichnung hat sich gegen offizielle Bezeichnungen wie „Arbeitslosengeld II“ bzw. „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ durchgesetzt. Die Diskussion in den Medien und die Debatten über das „Prekariat“ bzw. die „neue Unterschicht“, die auch die Sozialwissenschaft erfasst hat¹⁸, verweisen auf deutliche Veränderungen gegenüber der Zeit vor der Einführung des Gesetzes.

Die Vorurteile gegen Arbeitslose verstärkten sich, da diese sich mit dem vorhandenen negativen Bild des Sozialhilfeempfängers verbinden und vermischen.

Das Prinzip der Sozialhilfe, das Leben in Würde, wurde aufgegeben und durch den Grundsatz *Keine Leistung ohne Gegenleistung* ersetzt. Denn der erwerbsfähige Mensch muss, um Leistungen zu erhalten, jede zumutbare Arbeit annehmen. Soziale Rechte werden demnach durch ein „Tausch-

¹⁷ Im Jahre 2010 wurde die Zahl der Hartz-IV-Empfänger mit 6,7 Millionen angegeben.

¹⁸ Chasse, K., Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte, Wiesbaden 2010 u.a.

prinzip“ abgelöst.¹⁹ Jeder Mensch, der nützlich sein kann, muss es auch sein. Da nicht ausreichend „reguläre“ Arbeit vorhanden ist, wird auf gemeinnützige bzw. ehrenamtlich Tätigkeit verwiesen. Dadurch verändert sich wiederum der Charakter des Ehrenamtes. Es wird zur unfreiwillig geleisteten und unbezahlten Ersatzarbeit.

Gleichheit und Unterschiede

Die Menschen einer Gesellschaft unterscheiden sich nach Alter und Geschlecht (außerdem Nationalität, (soziale) Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexueller Orientierung, mögliche Behinderung). Zu den vorhandenen Merkmalen des Menschen kommen erworbene Unterschiede (Religion, Bildung, Beruf, Einkommen).

Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich, Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Außerdem besagt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Artikel 2, dass jegliche Diskriminierung aufgrund gegebener Merkmale untersagt ist. Dort heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Benachteiligungen aufgrund der sexuellen Orientierung oder Identität wurden (bislang) nicht aufgenommen. Aber auch der soziale Status bleibt unberücksichtigt. Ursache dafür ist, dass ein Diskriminierungsverbot für gegebene, nicht für zu erwerbende Merkmale besteht. Zwar ist die soziale Herkunft gegeben, nicht aber der soziale Status.

Die Gleichheit vor dem Gesetz schließt außerdem nicht aus, dass es Gesetze gibt, die nur für bestimmte Gruppen oder Schichten der Bevölkerung gelten. So müssen Menschen, die Sozialleistungen erhalten, Gesetze befolgen, die in den entsprechenden Sozialgesetzbüchern verankert sind.

Gerechtigkeit und Strafen

Wer Gesetze nicht einhält, kann bestraft werden. Im SGB II, der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, gibt es den § 31, der die Strafen festlegt, wenn ein Arbeitsloser nicht zu Terminen erscheint, eine Maßnahme oder eine zumutbare Arbeit ablehnt. Die Leistungen werden stufenweise gekürzt, bei wiederholten Pflichtverletzungen (bei unter 25jährigen sofort) kann das Geld komplett gestrichen werden.

Sanktionen gegen Arbeitslose sind nichts Neues, da beim Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe Sperrzeiten verhängt werden konnten. Die Sozialhilfe allerdings kannte solche Strafen nicht, da sie das Existenzminimum sichern sollte.

Die Unterschreitung des Existenzminimums durch eine Sanktion führt zu starken psychischen Belastungen und – wenn keine Reserven vorhanden sind – zu Mangelernährung, zur Verschuldung, im schlimmsten Fall zu kriminellen Handeln, was durch eine erste Interviewstudie festgestellt wurde.²⁰ Diese kam zu dem Ergebnis, dass Sanktionen nicht verhängt werden, weil die Betroffenen nicht auf Arbeitssuche waren, sondern weil sie entweder Erwartungen an einen Arbeitsplatz hatten, die den gesetzlich festgelegten Zumutbarkeitsregeln widersprachen, oder aber die Erwartungen der Behörde nicht erfüllen konnten oder wollten, weil diese nicht zu einer Arbeit, sondern nur zum x-ten Bewerbungstraining oder zum nächsten 1-Euro-Job führten.

Sperrzeiten und Sanktionen sind der extreme Ausdruck des Vorurteils, dass Arbeitslose nicht arbeiten wollen. Eine Gesellschaft, die Menschen, die arbeiten wollen, keine Arbeit zur Verfügung stellen kann, rechtfertigt sich damit, dass sie Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem erklärt. Dies müssen viele Arbeitslose als ungerecht empfinden.

¹⁹ Posen, T., Segbers, F., Zum Menschenbild von Hartz IV. In: Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt. Hamburg 2009, S. 120.

²⁰ Ame, A., Ursachen und Auswirkungen von Sanktionen nach § 31 SGB II, Düsseldorf 2009 (Edition Hans-Böckler-Stiftung). Zusammenfassung im Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Heft 3/2010, S. 111-117.

Alternativen oder: das Ende der Vorurteile?

Vorurteile gegen Arbeitslose sind *ein* Bestandteil „ökonomistischer Wertorientierungen“. Diese liegen vor, wenn „Menschen und soziale Beziehungen nach ökonomischen Prinzipien von Leistung und Verwertbarkeit bemessen werden“. Aber auch Gefühle der Machtlosigkeit in Politik und Gesellschaft und des Werte- und Ordnungsverlusts verstärken die Vorurteile.²¹

Es stellt sich daher nicht nur die Frage, ob Vorurteile abgebaut werden können, solange die Ursachen für sie noch existieren, sondern auch, ob die Arbeitslosigkeit aus dieser Gesellschaft überhaupt „verschwinden“ kann.

Wenn Arbeit eine Ware ist, weil sie auf dem Arbeits*markt* verkauft wie auch eingekauft wird, und sich der Wert der Arbeit nach Angebot und Nachfrage richtet, dann drückt das *Überangebot* von Arbeitskräften den Preis und erhöht den Gewinn.

Nicht nur Löhne und Gehälter stehen auf dem Prüfstand, auch die Arbeitsbedingungen oder die Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung. Zwar können Betriebsräte und Gewerkschaften nach wie vor regulierend eingreifen, aber der Druck auf Erwerbstätige hat sich seit der Einführung des Hartz-IV-Gesetzes deutlich erhöht. Er zeigt sich vor allem in der Angst, selbst diesen Bedingungen unterworfen zu werden.

Eine Alternative wäre die Vollbeschäftigung. Das würde bedeuten, dass hierzulande mehrere Millionen Arbeitsplätze entstehen müssten. Dazu wäre entweder eine entsprechende wirtschaftliche Nachfrage erforderlich oder der Staat müsste in viel größerem Umfang als bisher Arbeitsplätze ganz oder teilweise subventionieren. Dies hätte aber unweigerlich Veränderungen des jetzigen Wirtschaftssystems zur Folge.

Neue Arbeitsplätze könnten auch durch „Teilung“ entstehen. Aber eine Arbeitszeitverkürzung ohne finanzielle Nachteile ist derzeit kaum möglich. Die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitstellen schafft zwar Arbeitsplätze, aber diese Arbeit ist dann nicht mehr existenzsichernd.

Es gibt eine Alternative, die nicht mit Kosten verbunden ist.: Die Gesellschaft akzeptiert, dass die Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit nicht beseitigt werden kann und verzichtet auf die Arbeitspflicht – die Pflicht zur Annahme jeder „zumutbaren Arbeit“ und die Sanktionen bei Nichterfüllung – was die Situation für viele Betroffene verbessern oder zumindest entspannen würde. Vorurteilen wirksam zu begegnen, ist möglich, wenn Arbeitslosigkeit als Eigenschaft der Gesellschaft und nicht als individuelles Defizit gesehen wird.

Eine wirkliche, aber derzeit nicht zu realisierende Alternative würde ein bedingungsloses Grundeinkommen darstellen, das allen Menschen unabhängig von Herkunft und Status gewährt wird, so dass jede/r selbst entscheiden kann, welcher „Form“ der Arbeit sie oder er nachgeht, sich weiterbildet, Familien- oder ehrenamtliche Arbeit leistet usw.

Aufgrund der Bedeutung, die Arbeit im Leben des Menschen hat, ist eine allgemeine „Faulheit“ meines Erachtens nicht zu befürchten.

Erwerbsarbeit behielte ihren hohen Stellenwert, weil sie ein höheres Einkommen als das Grundeinkommen bedeutet. Zugleich wären die Beschäftigten vom Zwang der Existenzsicherung befreit, so dass Erwerbsarbeit insgesamt unter besseren Bedingungen stattfinden kann.

Ausblick

Die zu Beginn der Einleitung vorgestellte Langzeitstudie kam im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis, dass sich die Haltung gegenüber Langzeitarbeitslosen nicht verändert habe.²²

²¹ Zick, A., Arbeitslos, nutzlos, abgewertet, S. 4f.

²² Heitmeyer, W. (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Frankfurt am Main 2010, S. 40.

„...mit geringem Aufwand den größten Profit zu machen“

Ursachen von Arbeitslosigkeit

Über die Ursachen von Arbeitslosigkeit gibt es viele verschiedene Ansichten. In der Bevölkerung wird über die unterschiedlichen Meinungen teilweise kontrovers diskutiert.

Für uns war das ein Anlass, unsere Interviewpartner nach ihrer Meinung zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit zu fragen.

Auch hier waren die Ansichten sehr unterschiedlich.

Der Betriebsrat sieht es als Aufgabe der Politik, lenkend einzugreifen. Außerdem beklagt er das Entstehen einer „Ellenbogengesellschaft“, die „nur noch auf Konsum aus ist“. Damit einher geht dann das Bestreben nach immer billigerem Produzieren. Man schaue gar nicht mehr in die Zukunft, sagt er, und: „...wie das eigentlich dann mal ausgehen wird.“

Auch der Elektriker sieht die Politiker in der Pflicht, hier etwas zu bewirken. „Selbst hoch qualifizierte Leute sind ja arbeitslos...“. Er meint, eine Ursache sei auch das Wohnumfeld des Betroffenen und „die industrielle Entwicklung in diesem Gebiet...“.

„...vor allem die Gesellschafts- und Strukturpolitik“ antwortet der Physiker auf die Frage. Er bemängelt die Gesetze und Regelungen, die in jedem Bundesland unterschiedlich sind und so für einen enormen Verwaltungsaufwand sorgen. „Nichts ist einheitlich.“ Strukturschwächere Bundesländer sind den strukturstärkeren unterlegen. Und die strukturschwächeren sind meist die ostdeutschen Länder. „Für einen echten Ausgleich...wird nicht genügend...getan.“ Manchmal würde sogar überhaupt nichts mehr getan, fügt er an.

Der Chemiker sieht die Ursachen von Arbeitslosigkeit „in der Spezialisierung“ und in der „unverhältnismäßigen Vergütung für hoch spezialisierte Tätigkeiten.“

Ähnlich ist die Meinung des Physiotherapeuten. Er sieht die erste Ursache auch in der rasanten technischen und technologischen Entwicklung. „...mehr Einsatz von Computertechnik und Robotern...“ statt menschlicher Arbeitskraft. Er prangert weiterhin die „unaufhaltsame Profitgier“ an, das Bestreben, mit immer weniger Aufwand größtmöglichen Profit zu machen. Außerdem ist er der Ansicht, dass die „propagierte Politik“ zu immer mehr Privatisierungen führt. Dazu zählt er auch die „Entwicklung der Globalisierung und die Eroberung des osteuropäischen Marktes.“

„...in die Bildung investieren...“ antwortet die Autorin auf die gestellte Frage und meint damit schon einen möglichen Ausweg. Ihrer Ansicht nach sind eher die Minderqualifizierten von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen. Trotzdem erzählt sie, dass sie in ihrem persönlichen Umfeld auch viele Akademiker hat, die arbeitslos sind. „...insofern ist das äußerst schwierig.“

Das Bildungsdefizit als eine wichtige Ursache von Arbeitslosigkeit sieht auch der technische Mitarbeiter. Er führt daneben auch Modernisierung und Automatisierung an. Weiterhin sagt er, die hohen Lohnnebenkosten würden die Existenz von vor allem kleineren Unternehmen bedrohen.

Der Techniker führt an erster Stelle strukturelle Gründe an. Dabei bilde Jena aber eine Ausnahme, da hier nicht wie in vielen anderen Regionen „deindustrialisiert“ wurde. Er sagt außerdem, man schätze Arbeit immer weniger, Kosten werden durch Freisetzung von Arbeitskräften gespart. Auch das Verhältnis von Arbeitnehmern untereinander sowie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei immer anonymer. Viele stünden deshalb nicht mehr hinter ihrem Unternehmen.

Der Musiker benennt keine speziellen Ursachen für Arbeitslosigkeit. Aber er sagt: „Jeder, der unverschuldet seinen Arbeitsplatz verliert, tut mir von Herzen leid.“

Auch wir als die Verfasser dieses Buches setzten uns in einer Diskussion mit dem Thema Ursachen von Arbeitslosigkeit auseinander. Dabei sollten sowohl eigene Ansichten als auch die Meinungen der Interviewten dargestellt werden.

Bei der Auswertung der Frage in den Interviews stellten wir fest, dass keiner der Befragten die Ursache im Wirtschaftssystem selbst sieht. Ebenso wird Arbeitslosigkeit heute offensichtlich als selbstverständlich hingenommen.

Unsere eigenen Ansichten lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Der technische Fortschritt sorgt für vermehrten Einsatz von Maschinen, denn diese sind billiger und effektiver.
- Der gesellschaftliche Wert von Arbeit verfällt.
- Arbeit ist nicht mehr wirklich bezahlbar.
- Eine weitere Ursache liegt im Wirtschaftssystem des Kapitalismus selbst. Die „Oberschicht“ der Wirtschaft versucht, immer mehr Profit zu erzielen. Die Spitzen der Politik versuchen, ihre Machtposition zu erhalten, zu stärken und auszubauen. Unterstützend wirken dabei die globale Finanzordnung und die durch die Globalisierung fortschreitende Verlagerung von Unternehmen, meist in Länder mit wesentlich billigeren Arbeitskräften. Die Wirtschaft wird nicht daran gehindert, Profite um jeden Preis zu erzielen. Die Politik stellt die Weichen zugunsten der Wirtschaft.
- Die Politik muss sich die Frage gefallen lassen, ob Arbeitslosigkeit von ihr durchaus billigend in Kauf genommen wird. Der Staat könnte Stellen schaffen, tut dies aber nicht. Die Begründung lautet meistens: kein Geld dafür vorhanden. Dabei könnte der Staat sich durchaus finanzielle Mittel beschaffen. Das verhindert er aber auch für sich selbst durch eine falsche Steuerpolitik. Finanzmittel könnten z.B. durch Erhöhung der Körperschaftssteuer oder einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer beschafft werden.
- Arbeitslosigkeit wirkt systemstabilisierend: Auf die Arbeitnehmer kann ein viel höherer Druck ausgeübt werden.
- Arbeit im „non profit“ - Bereich ist vorhanden, wird aber nicht oder nicht ausreichend bezahlt. Im Bereich der „non profit“- Arbeit sind z.B. Gesundheits- und Pflegeberufe angesiedelt. Tätigkeiten wie diese dienen dem Menschen und dem Gemeinwohl. Sie können und dürfen nicht profitorientiert sein. Hier müsste der Staat seine soziale und kulturelle Verantwortung wahrnehmen. Eine Betrachtung findet immer nur aus Sicht des Kostenfaktors statt, nicht aber aus Sicht des Gemeinwohls. Unserer Meinung nach sollten Gemeinwohlaufgaben nicht in den Händen privater Unternehmen liegen dürfen. Privatwirtschaft ist immer profitorientiert. Der Gemeinwohlsektor kann aber nicht profitorientiert arbeiten, zumindest nicht als vorderstes Ziel. Diese Aufgaben in staatliche Hand zu legen, käme den Menschen zugute.
- Arbeitslosigkeit wird von der Politik als persönliches Problem des Betroffenen gesehen. Sie ist aber inzwischen ein gesellschaftliches Problem. Zu dieser Sichtweise ist die Politik nicht fähig. Daraus resultiert auch eine falsche Arbeitsmarktpolitik. Das Prinzip „Fordern und Fördern“ ist von Kritikern als gescheitert erklärt worden. Aber eine Reform der Arbeitsmarktpolitik, die nötig wäre, ist nicht in Sicht.

Es gibt Möglichkeiten, die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Dazu zählen: die Herabsetzung des Rentenalters, Festlegung von Mindest-, aber auch Höchstlöhnen, Investitionen in Bildung und Weiterbildung, Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Wer das Rentenalter erreicht, kann aufhören zu arbeiten, muss dies aber nicht. Aber jedem Rentner sollten Möglichkeiten geboten werden, sich in der nachberuflichen Lebensphase auch außerhalb des Arbeitslebens sinnvoll zu betätigen.

Eine verbreitete Meinung heute ist, dass Vollbeschäftigung nicht mehr möglich ist. Was versteht man eigentlich unter diesem Begriff? Vollbeschäftigung heißt, jeder der arbeiten möchte, kann arbeiten, aber niemand ist gezwungen, zu arbeiten. Dieser Betrachtung widmeten wir uns zusammen mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, das von einigen

Politikern gefordert wird. Daraus ergibt sich die Frage: Wer arbeitet denn noch, wenn man auch ohne zu arbeiten Geld bekommt, von dem man leben kann? Würde nicht alles zusammenbrechen, wie es die Kritiker behaupten?

Wir sind der Ansicht: nein. Aus Sicht der Menschen, die keine Arbeit haben, würde sich einiges verbessern. Ihnen steht Geld zur Verfügung ohne endlose Behördengänge, drohende Sanktionen und das Gefühl, sich ständig erniedrigen zu müssen.

Das jedem zur Verfügung stehende Geld sichert die Lebensgrundlagen. Wer aber arbeitet, verdient zusätzlich. Das bedeutet, wer seinen Lebensstandard verbessern will oder sich etwas „leisten“ möchte, der muss auch etwas dafür tun. Die Wünsche der Menschen, auch die materiellen, sind unbegrenzt. Besitzwunsch und sicher auch ein gewisser Neidfaktor sorgten unserer Meinung nach dafür, dass die Menschen sehr wohl weiter arbeiten würden – eigentlich wie bisher. Ein weiterer wichtiger Fakt ist, dass sich viele durch ihre Arbeit verwirklicht sehen – auch deshalb würde sich unserer Meinung nach relativ wenig an der Zahl der Arbeitenden ändern – eine Übergangszeit vielleicht ausgenommen.

Nachteile erwachsen aus der Politik des bedingungslosen Grundeinkommens eher den Arbeitgebern. Deshalb ist besonders die Wirtschaft von der Idee nicht begeistert. Die Arbeitgeber wären nämlich gezwungen, ihren Arbeitnehmern bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Das Grundeinkommen sichert diese ab, so dass sie nicht „in ein Loch“ fallen, sollten sie arbeitslos werden. Das versetzt sie gegenüber den Arbeitgebern in eine wesentlich bessere Position.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Vergleich der beiden Wirtschaftssysteme der ehemaligen DDR und der BRD.

Die DDR sicherte ihren Bürgern ein Recht auf Arbeit, welches sie durch die Planwirtschaft realisierte. Die negativen Folgen waren eine niedrige Produktivität und eine verdeckte Arbeitslosigkeit, auch wenn diese bei weitem nicht die heutigen Ausmaße erreichte.

Positiv dagegen: es gab ein Auskommen für alle, wenn dieses auch gering war. Die staatliche Vorsorge war gut.

Aber es herrschte Mangelwirtschaft, eine profitorientierte Gesellschaft ist effizienter.

In der BRD und auch im heutigen Gesamtdeutschland herrscht das oberste Prinzip der Marktwirtschaft. Das heißt: Profitorientierung. Auf keinen Fall darf der Wettbewerb gefährdet werden, denn der ist die treibende Kraft der Marktwirtschaft. Arbeitslosigkeit ist in einer profitorientierten Gesellschaft nicht zu beseitigen. Dafür ist, wie oben schon erwähnt, eine solche Gesellschaft effizient. Ihren Profit erringt sie auf Kosten ihrer Menschen.

Um diesen Zustand zu ändern, bedürfte es eines großen Umdenkens im ganzen Wirtschaftssystem und einer neuen Wirtschaftsethik, der sich alle verpflichtet fühlen müssten. Dazu gehört aber auch ein zukunftsorientiertes, globales Denken. Zurzeit wird aller Profit auf Kosten der arbeitenden Menschen und der Ressourcen unserer Erde erzielt, ohne die bereits vorausgesagten drohenden Folgen praktisch zu berücksichtigen. Es herrscht leider immer noch das Prinzip: nach uns die Sintflut.

Diese Ansicht wird uns aber nicht aus der Krise hinaus-, sondern immer weiter hineinführen.

Sabine Müller

Von der Bildung bis zur Rente

Aufgaben des Sozialstaates

Ein wichtiger Komplex unseres Fragebogens beschäftigte sich mit dem Bereich Politik und Wirtschaft.

Unter anderem befragten wir die Menschen nach den Aufgaben, die ein Sozialstaat, als den sich Deutschland ja sieht, ihrer Meinung nach hat.

Dazu ist es von Nutzen, sich noch einmal kurz einige Fakten ins Gedächtnis zu rufen.

1.1. Zum Begriff Sozialstaat

In Artikel 20 I des GG heißt es:

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Ein Sozialstaat ist ein Staat, der in seinem Handeln soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit anstrebt, um die Teilnahme aller an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu gewährleisten. Es bezeichnet konkret auch die Gesamtheit staatlicher Einrichtungen, Steuerungsmaßnahmen und Normen, um das Ziel zu erreichen Lebensrisiken und soziale Folgewirkungen abzufedern. (Quelle: wikipedia)

Das verpflichtet den Gesetzgeber, die Rechtsprechung und die Verwaltung dazu, nach sozialen Gesichtspunkten zu handeln und die Rechtsordnung dementsprechend zu gestalten.

Im Grundgesetz gibt es **keine** eindeutigen sozialen Grundrechte. Das Postulat des Sozialstaates ist für das Bundesverfassungsgericht eine Hilfe bei der Gesetzesauslegung. Inhaltlich ist es sehr umstritten. Zwei Punkte werden aber weitgehend akzeptiert: der Staat kann durch eine aktive Sozialpolitik in die Wirtschaft eingreifen, um die gewünschten Ziele zu erreichen. Und: Der Umfang und die Art des Eingriffes werden von der Politik festgelegt.

Mögliche Elemente des Sozialstaatsprinzips sind zum einen, für alle eine Mitgliedschaft in der Kranken-, Renten-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung sicherzustellen. Er betreibt Daseinsvorsorge und sichert das soziokulturelle Existenzminimum, auf das jeder ein einklagbares Recht hat, in Form von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II und Grundsicherung.

1.2. Arbeitsplätze, Gesundheits- und Rentensystem

Die Aufgaben und Leistungen des Sozialstaates sind vielfältig.

Verknüpft mit der Frage nach den Aufgaben des Sozialstaates war die Frage nach dem vermeintlich dringendsten Problem, mit dem sich die Regierung befassen sollte.

Viele der Interviewten nannten als dringendstes zu bewältigendes Problem etwas, was sie bereits bei der Frage nach den Aufgaben des Sozialstaates ansprachen. Das zeugt von der Wichtigkeit, die die Menschen diesem Thema beimessen.

Am häufigsten wurde in diesem Komplex das Thema Gesundheitswesen angesprochen, dicht gefolgt vom Thema Bildungswesen und Rentengerechtigkeit.

Eine sehr wichtige Aufgabe des Sozialstaates ist laut den Befragten auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, aber nicht auf Kosten anderer. Speziell sprechen sich auch einige für bessere Chancen für ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt aus. Der interviewte Techniker sagt dazu: „Man darf ... nicht jene vergessen... die jetzt Vierzig, Fünfzig sind... die auch ein Anrecht... auf Chancen...“ haben.

Der Betriebsratsvorsitzende äußert sich dahingehend, dass man für junge Leute Arbeitsplätze schaffen sollte und ältere Menschen nicht erst mit 67 Jahren in Rente gehen dürfen, „...also für mich ist das 'ne total falsche Diskussion...“ Er findet es wichtig, dass jeder Mensch, der arbeiten kann, auch die Möglichkeit hat zu arbeiten, um eigenes Geld zu verdienen. Denn auch Nachfrage und Produktion sind ein Kreislauf. „Wenn kein Geld unter den Leuten ist,... dann wird die wirtschaftliche Lage dementsprechend nach unten gehen.“

Der Kirchenmusiker antwortet auf die Frage nach dem dringendsten Problem unseres Landes: „Die immer noch zu hohe Arbeitslosigkeit.“

Weitere sehr große Aufgaben des Sozialstaates werden im Bereich des Gesundheits- und des Rentenwesens gesehen.

Dazu meint der Physiotherapeut, dass der Staat „eine ganz große Verantwortung“ in diesem Bereich hat und sich dieser Verantwortung aber immer mehr entzieht. Er kritisiert die deutliche Tendenz zur „Privatfinanzierung von Leistungen“, die der Staat mit diesem, von vielen Interviewten als „amerikanisches System“ bezeichneten, Prinzip vorantreibt.

Die Autorin spricht sich dafür aus, „...dass jeder das Recht auf eine Krankenversicherung hat...“, damit „...es nicht so ist wie in den Vereinigten Staaten...“

Der Technische Mitarbeiter beklagt auch lange Wartezeiten für Spezialuntersuchungen, die manchmal keinen Aufschub dulden.

Es wird sehr deutlich, dass die Menschen die Veränderungen im Bereich des Gesundheitswesens bewusst wahrnehmen und diese mit Sorge betrachten. Immer mehr Leistungen entfallen aus den Katalogen der Krankenkassen und müssen komplett oder zum großen Teil aus der eigenen Tasche finanziert werden. Die Sorge, ob und wie lange man sich das als Einzelperson noch leisten kann, ist spürbar. Damit wird die Qualität der gesundheitlichen Versorgung für die Menschen zu einem dringenden Problem.

Ähnlich gestaltet sich das bei der gesetzlichen Rente. Da heute bereits abzusehen ist, dass in einigen Jahren die staatliche Rente allein nicht mehr ausreicht (schon heute müssen viele Rentner ihr Budget durch kleinere Jobs oder Beantragung von Sozialleistungen aufbessern), sind die Menschen zunehmend verunsichert. Besonders bei Älteren wird das spürbar. Sie haben nicht mehr die Möglichkeit, viele Jahre in eine zusätzliche private Altersvorsorge zu investieren. Und so bleibt für sie entweder nur eine recht geringe zusätzliche Summe oder sie müssen sehr hohe Beiträge zahlen, um eine Zusatzversorgung in Anspruch nehmen zu können.

Die Möglichkeit, zusätzlich zur staatlichen Rente noch Leistungen aus der Grundsicherung zu beantragen, wird von vielen Älteren als entwürdigend und peinlich empfunden. Sie setzen lieber alles daran, ohne diese Leistungen auszukommen.

Auch hier sehen die Befragten den Staat in seiner Funktion als Sozialstaat in der Verantwortung.

Der Betriebsrat spricht sich sehr deutlich für ein „gerechtes Rentenversorgungssystem“ aus und kritisiert, dass z.B. Beamte bestimmte Sozialabgaben nicht leisten müssen, „...und trotzdem von den Leistungen profitieren...“

Er ist der Meinung, dass der Staat hier keine Ausreden mehr finden darf, zumal in anderen europäischen Staaten andere Lösungen mit Erfolg praktiziert werden.

Auch der technische Mitarbeiter sagt auf die Frage nach den Aufgaben des Sozialstaates:

„Die sehe ich in Absicherung der Rente...“

1.3. Bildungspolitik

Für fast alle Befragten spielt die Bildung und damit das Bildungssystem eine entscheidende Rolle bei den sozialen Aufgaben des Staates.

Einerseits sichert heutzutage nur eine gute Bildung eine hohe Chance auf einen Arbeitsplatz. Auf der anderen Seite sprechen sich auch alle für Chancengleichheit aus und dafür, dass niemand 'hinten runter' fallen darf und dass es auch für Menschen mit einem weniger hohen Abschluss gute Arbeitsplätze geben muss.

Der Kirchenmusiker fordert vom Staat mehr Unterstützung für alle Bildungseinrichtungen ein. Auch der befragte Physiker misst den Bildungseinrichtungen große Bedeutung bei und weist darauf hin, dass es in der heutigen medienbestimmten Zeit immer wichtiger wird, schon Kindern von Anfang an Werte und Moral zu vermitteln.

Der Physiotherapeut ist der Meinung, dass der Staat seiner Verantwortung im Bereich der Bildungspolitik „nicht mehr gerecht wird“.

Auch die befragte Autorin findet es sehr wichtig, dass der Staat „...in Bildung investiert.“ Darunter versteht sie auch die Aufwertung der Tätigkeiten von Erziehern, Lehrern usw.

1.4. Weitere Aufgaben

Die von uns Interviewten sahen noch viele weitere Aufgaben, die der Sozialstaat ihrer Meinung nach leisten sollte.

Dazu zählen unter anderem Armutsbekämpfung, Familienförderung, Generationengerechtigkeit, Vergütung von Haushaltstätigkeit, Humanisierung der Bevölkerung und Stärkung der Menschenwürde, Umweltsanierung und Verteilungsgerechtigkeit.

Ob man alle der hier genannten weiteren Aufgaben wirklich als Aufgaben des Sozialstaates sehen möchte, sei dahingestellt. Allerdings zeigt die Auflistung sehr deutlich, welche Themen den Menschen wirklich wichtig sind und quasi „auf den Nägeln brennen“.

Im Hintergrund vieler Interviews klang auch ein Zweifel an, ob dieser Staat wirklich noch ein Sozialstaat sei – zumindest ist er einer mit vielen Problemen und Mängeln, deren Beseitigung für die Befragten entweder gar nicht, falsch oder nur schleppend vorangetrieben wird.

Man muss sämtliche Aussagen der Befragten natürlich auch immer vor ihrem persönlichen Hintergrund sehen.

Jeder Mensch kann nur nach seinen eigenen Erfahrungen berichten und sieht die Welt aus seinem eigenen Blickwinkel. Durch die Bemühungen, möglichst Menschen aus den unterschiedlichen Bevölkerungsschichten zu interviewen, lässt sich vielleicht auch die große Bandbreite der angeführten Argumente verstehen.

Umso eindrucksvoller ist es, dass auch aus den unterschiedlichsten Lebenssituationen einige Themen, die hier angeführt wurden, für fast alle gleichermaßen bedeutungsvoll sind. Das sind in aller Regel Themen, die jeden Einzelnen betreffen.

Generell besteht eine – mehr oder weniger starke – Angst vor Arbeitslosigkeit bei den Befragten. Speziell ältere Interviewte sehen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt im Falle einer Arbeitslosigkeit als nur sehr gering.

Daneben bestehen die größten Sorgen bei der Gesundheits- und Rentenpolitik. Viele Menschen befürchten mit den von ihnen zu leistenden immer höheren Zusatzkosten eine Verschlechterung ihres Lebensstandards.

Verständlich sicher auch, dass die Menschen die sie persönlich betreffenden Probleme als besonders wichtig ansehen und erst später Dinge nennen, die die Allgemeinheit und das gesamte gesellschaftliche Miteinander betreffen.

1.5. Eigene Auswertungen

Auch die Arbeitsgruppe dieses Projektes hat über die einzelnen Fragen des Interviews diskutiert. Kritisiert wird vor allem, dass der Staat eigentlich genügend Einnahmen hat, diese aber nur ungenügend wieder verteilt und bei der Verteilung ungerecht vorgeht, das bedeutet z.B., ärmere Menschen werden nicht stärker unterstützt. Im Gegenteil wird viel Geld in Projekte investiert, über deren Sinnhaftigkeit man durchaus streiten kann.

Auch gegen Steuerverschwendung wird unserer Meinung nach viel zu wenig getan. Angeregt wurde auch, dass Gewinne, z.B. aus Börsenspekulationen, nicht nur steuerpflichtig, sondern auch sozialabgabenpflichtig sein sollten.

Deutschland ist weiterhin ein Land mit hohem Wohlstand. Aber die Schere zwischen armen und reichen Menschen klafft immer mehr auseinander. Die Angst, in die Armut abzurutschen, ist für immer größere Teile der Bevölkerung eine konkrete Befürchtung. Armut meint dabei nicht nur die Menge des für den Einzelnen verfügbaren Geldes, sondern auch das Absinken des gesamten Lebensstandards, was z.B. auch dazu führen kann, sich bestimmte medizinische und zahnmedizinische Behandlungen nicht mehr leisten zu können.

Menschen, die heute schon wissen, dass sie später von ihrer Rente allein nicht leben können, haben verständlicherweise einen sehr pessimistischen Blick in die Zukunft. Das wirkt sich auch auf jeden persönlich aus. Krankheiten wie Depressionen kommen immer häufiger vor. Die Menschen werden zunehmend frustriert, weil sie die Erfahrung machen, dass sie sich anstrengen können, wie sie wollen und sich ihre Situation trotzdem nicht verbessert.

1.6. Daraus resultierende Vorschläge und Forderungen

Ein entscheidender Punkt ist deshalb die gerechte Verteilung des staatlichen Geldes, das durchaus in genügender Menge vorhanden ist.

Leistung muss entsprechend bezahlt werden, und es muss für alle möglich sein, von ihrem Gehalt leben zu können, ohne Angst vor Armut.

Es sollte leichter werden, Leistungen vom Staat zu beantragen. Dabei sollte man nicht erst das eigene Vermögen auf ein Minimum reduzieren müssen, um diese Leistungen zu bekommen.

Individuelle Zahlungen an Einzelne sind positiver als das bekannte „Gießkannenprinzip“. Denn durch dieses Gießkannenprinzip erhalten die Menschen, denen das Geld eigentlich zugedacht ist, nur sehr wenig mehr, und das wird meistens auch noch versteuert.

Die Suche nach Arbeitsplätzen darf nicht im Behördensumpf ersticken. Restriktionen gegenüber Arbeitslosen sollten nicht mehr so hart sein, außerdem immer individuell entschieden werden.

Der schon lange propagierte Abbau von Bürokratie sollte endlich vorangetrieben werden. Das würde auch wieder Gelder freisetzen, die man anderweitig verwenden kann. Es sollte auch mehr in die Fort- und Weiterbildung der Ämtermitarbeiter investiert werden. Inkompetente Beratung und eigenmächtige Entscheidungen der Mitarbeiter nach deren persönlichem Dafürhalten darf es so nicht mehr geben.

Alle müssen Sozialabgaben leisten. Wenn eine Gruppe von Beschäftigten für eine andere mitbezahlt, entsteht ein Ungleichgewicht, welches immer stärker wird.

Der Bevölkerung müssen mehr Mitspracherechte, z.B. in Form von Volksentscheiden und Volksbegehren, eingeräumt werden. Schließlich arbeitet die Regierung für sie und nicht die Bevölkerung für die Regierung. Volksbegehren o.ä. dürfen nicht mehr so hohe Hürden in den Weg gestellt werden.

Es muss sichergestellt werden, dass jeder Mensch eine adäquate Gesundheitsfürsorge erhält. Es darf keinen Unterschied zwischen gesetzlich und privat Versicherten geben. Dabei stellt sich auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit der unzähligen Krankenkassen und dem damit verbundenen Verwaltungs- und Kapitalaufwand.

1.7. Fazit

Die wichtige Aufgabe des Sozialstaats, für seine Bürger zu sorgen und Chancengleichheit durch sozialen Ausgleich herzustellen, erfüllt dieser Staat für unsere Interviewpartner nur noch unzureichend.

Im Gegenteil strebt er an, soziale Leistungen immer mehr zu kürzen. Andererseits werden die Menschen durch sich stetig erhöhende Preise und Steuern zu immer mehr Abgaben gezwungen.

Die ausgleichende Aufgabe des Staates ist nicht ohne große Geldsummen zu bewerkstelligen. Aber Deutschland verfügt über ausreichende Finanzen. Die Gelder müssen aber sozial gerecht verteilt werden. Dazu muss der Staat an seine Bürger denken, an jeden einzelnen, und nicht an die Finanzierung großer Prestigeprojekte mit zweifelhaftem Nutzen.

Eine mögliche Sozialreform muss sich an den wirklichen Bedürfnissen der Bevölkerung messen.

Es sollte dem Staat ein großes Anliegen sein, das Vertrauen seiner Bürger wieder zu gewinnen und nicht zu enttäuschen.

Helmut Lange

„...und daher ist das in meinen Augen eine ganz schlechte Reform.“

Zweck von Hartz IV

Im Rahmen unserer Erhebung wurden die Interviewpartner mit der Frage konfrontiert, worin ihrer Meinung nach der Zweck von Hartz IV liege. Die Antworten reichen von formalen Aspekten, wie „Regierung will Geld sparen“ oder „Erleichterung der Bürokratie“ bis hin zu Meinungen, die die Subjektivität der ALG-II-Bezieher betreffen. So finden sich auch folgende Einschätzungen: Die „Verunsicherung der Leute“. Eine „Menschenrandgruppe wird herangezüchtet“. „... die Leute auseinander zu bringen. Und letztendlich die Leute zu polarisieren“.

Um diese Meinungen einordnen zu können, sei ein kurzer Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der „Hartz-Gesetze“ gestattet.

Im Februar 2002 berief der Bundeskanzler Gerhard Schröder die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“. Voraus gegangen waren Probleme in der Bundesanstalt für Arbeit und den regionalen Arbeitsämtern, die sich unmittelbar negativ am Arbeitsmarkt auswirkten. 15 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft sersuchten gemeinsam, eine neue Ordnung für den Arbeitsmarkt zu entwerfen.

Erklärtes Ziel des sogenannten Hartz-Konzeptes war es, innerhalb von vier Jahren die Arbeitslosenzahl von damals vier Millionen zu halbieren.

Die Aufgabenstellung der „Hartz-Kommission“ war die Erarbeitung von Vorschlägen für eine Reform der Arbeitsmarktpolitik. Im politischen Prozess – das Gutachten wurde während des Bundestagswahlkampfes 2002 vorgelegt – wurden die Ergebnisse aber als Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit um bis zu zwei Millionen verkauft.

Schon allein aufgrund des sehr beschränkten Auftrags an die Kommission muss bezweifelt werden, ob ihre Vorschläge überhaupt geeignet waren, ein derartig ehrgeiziges Ziel anzugehen. Gesamtwirtschaftliche Aspekte der Arbeitslosigkeit, zum Beispiel, wie die Nachfrage nach Arbeitskräften oder das Wirtschaftswachstum gesteigert werden kann, hatte die Kommission überhaupt nicht betrachtet. Es ist allerdings auch nicht ihr Auftrag gewesen.

Ähnlich wie die vielfältigen Äußerungen unserer Interviewpartner waren auch die Einschätzungen der verschiedenen Wirtschaftsexperten.

Der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel äußerte sich in einem Interview mit der Tagesschau vom 2. Juli 2004 :

„Das vorrangige Motiv ist vor allem, Sozialausgaben einzusparen. Wir haben die hohe Arbeitslosigkeit, wir haben hohe Kosten durch die Arbeitslosigkeit. Das vorrangige Ziel ist einfach einzusparen. Der Wirtschaftsminister hat ja selber gesagt, dass die wichtigste Herausforderung für Arbeitsplätze Wirtschaftswachstum ist. Aber von den Hartz-Gesetzen – das wissen wir sicher – gehen keine Wachstumsimpulse aus, eher sogar eine Belastung. (...) Wir haben Berechnungen, dass die Arbeitsmarktreformen am Ende sogar ca. 100.000 Arbeitsplätze kosten können.“

Auf der anderen Seite standen und stehen bis heute positive Bewertungen (z.B. Hans-Werner Sinn; „Wer auf dem Land wohnt, braucht weniger Hartz IV!“, Bild, 02.02.2010), die die Richtigkeit der Agenda 2010 untermauern und darüber hinaus „härtere Vorgehensweisen“ gegenüber den von Hartz IV Betroffenen einfordern.

Reformen in einer Gesellschaft haben gemeinhin die Aufgabe, erkannte gesellschaftliche Missstände abzubauen, also die Gesellschaft weiter zu entwickeln, voran zu bringen. Dem zufolge sollten Reformen einer solchen Reichweite wie die „Hartz-IV-Gesetze“ in ihrer Entstehung und Umsetzung von den Mitgliedern eben dieser Gesellschaft verstanden und nachvollzogen werden

können. Viele Aussagen der Befragten lassen vermuten, dass dieses nicht der Fall ist. So sagt zu Beispiel der Elektriker:

„Ich bin sehr froh, dass ich mich damit nicht beschäftigen muss, kann mir aber sehr gut vorstellen, dass das, dass es alles andere ist als positiv.“ Er verdeutlicht, was offen und unterschwellig von den meisten Befragten geäußert wird. Nämlich eine negative Einschätzung trotz fehlender eigener genauer Sachkenntnis und einer damit verbundenen „Freude“, sich nicht als Betroffener damit herumschlagen zu müssen.

„Der Zweck von Hartz IV (...) der liegt ganz einfach darin, einmal der breiten Masse zu signalisieren, man macht irgendetwas, wobei letztendlich der Erfolg überhaupt nicht, wie soll ich sagen, als Maß genommen wird.

Das Weitere ...um die Arbeitslosenstatistik zu schönen und um letztendlich die, wie soll ich sagen, die Gewaltenteilung bzw. die Leute auseinander zu bringen. Und letztendlich die Leute zu polarisieren.“

Diese Aussage des Chemikers fasst in wenigen Worten das Ergebnis einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen:

„Hartz steht für eine Entwicklung, die auf die Installierung eines 'Unternehmerarbeitsmarktes' gerichtet ist. Es wird das Angebot an Arbeitskraft auf dem Markt durch politisch vermittelten Druck erhöht, ohne dass konzeptionell ein gleichermaßen wachsendes Angebot an Arbeitsplätzen vorgesehen ist; dies soll sich automatisch ergeben. Da die bereits früher beschlossene Verringerung des zeitlichen Anspruchs auf Arbeitslosengeld und der dann unvermeidliche Übergang in ALG II in eine unmittelbare Bedrohung des sozialen Status aller Arbeitslosen umschlägt, wachsen Konkurrenz unter den Arbeitslosen wie auch Konkurrenz und Konformitätsdruck in den Unternehmen. Zudem öffnet die Orientierung des ALG-II-Mechanismus auf schlechtbezahlte Beschäftigungsverhältnisse (die nicht automatisch geringqualifizierte sein müssen!) die Lohnskala weiter nach unten. Die Verdrängung qualifizierter durch unqualifizierte, aber billige Arbeitskraft, bzw. qualifizierter durch qualifizierte billige Arbeitskraft, oder auch billige durch ehrenamtliche Arbeitskraft wird Folgen mit sich bringen, die bisher nur schwer absehbar sind. Damit verschlechtert sich jedoch die Marktposition der Arbeitskraft weiter. Dies wird wahrscheinlich in verschiedensterlei Beziehung in verschärfter Form Frauen treffen.“¹

„Der breiten Masse der Bevölkerung soll signalisiert werden, die Regierung unternimmt etwas, wobei der Erfolg nicht als Maß genommen wird.“ (Chemiker)

Worin der „Erfolg“, der als Maß genommen werden soll, allerdings besteht, ist vermutlich auch den Handelnden, sprich der Politik und den ausführende Institutionen unklar.

So ist der ökonomische Rahmen, der sich aus der „Hartz-Gesetzgebung“ ergibt, nie problematisiert worden, trotzdem liegt der Verdacht des Physikers nahe: „Die Regierung will außerdem Geld sparen.“ Und das, obwohl nach Meinung vieler Befragter „Ne, ne das reicht hinten und vorne nicht, zumindest wenn du Kinder hast“ (Elektriker) der Regelsatz als nicht ausreichend eingeschätzt wird.

„Das Niveau des ALG II orientiert sich grundsätzlich an den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1998. Es kann damit dem Wesen der Sache nach überhaupt nicht mehr den heutigen Bedingungen entsprechen. Damit wird der Trend zur Unterversorgung von Leistungsberechtigten fortgeschrieben, der bisher bereits der Sozialhilfe eigen war. Der Paritätische Wohlfahrtsverband kommt schon in einer Expertise vom Sommer 2003 zu dem Ergebnis, dass 'die Sozialhilfe im gesamtdeutschen rechnerischen Durchschnitt objektiv um 5,6 Prozent zu niedrig bemessen [ist], um tatsächlich den Mindestbedarf, wie er Ende der achtziger

¹ www.rosalux.de/themen/gesellschaftsanalyse/specials/soziales/hartz-iv-und-die-folgen.html

und Anfang der neunziger Jahre fachlich und politisch definiert wurde, abzudecken und damit Armut zu vermeiden. Einem erneuten öffentlichen Diskurs zur Frage des gesellschaftlichen Mindestbedarfes sind die verschiedenen Regierungen seit den Deckelungen 1993 ausgewichen.² Dies ist bis heute der Fall.“²

Zur Anschauung können Zahlenmaterial und Positionen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hinzugezogen werden:

„Die Regelsatzhöhe darf nicht länger an die Rentenentwicklung, sondern muss an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gekoppelt werden.

Die Anhebung der Regelsätze muss auf einem bedarfsgerechten Niveau erfolgen, ebenso wie die Einführung eigener Regelsätze für Kinder und Jugendliche.“

Aktuelle Regelsatzhöhe und Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes	Bundesregierung (ab 1.7.2009)	Paritätischer Vorschlag
Unter 6 Jahren	215	276
6 bis unter 14 Jahren	251	332
14 bis unter 18 Jahren	287	358
Erwachsene (1. Person)	359	440

„Also ich habe 5 Kinder. Und ich denke, bei größeren Familien oder bei Familien dieser Größe müssten vom Staat eigentlich noch mehr, vor allem finanzielle Vergünstigungen ausgehen. Sei es über Steuererleichterungen oder über größere Kinderfreibeträge oder über höheres Kindergeld. Denn der Bedarf von Kleinkindern, auch dann, wenn die Hobbies kommen, so das Übliche an Klassenfahrten, an den vielleicht auch wachsenden Bedürfnissen bis hin zu der Finanzierung von Ausbildung und Studium, ist mit dem Einkommen alleine und mit den Vergünstigungen, die es gibt, eigentlich kaum zu bewerkstelligen.“ (Diese Aussage des Musikers verdeutlicht die Sorgen kinderreicher Familien, der Befragte schätzt sich selbst als „gutsituiert“ ein.)

Dass besonders kinderreiche Bedarfsgemeinschaften unter der Praxis von ALG II zu leiden haben, zeigt sich nicht zuletzt an der Tatsache, dass sich die höchste bundesdeutsche Instanz, das Bundesverfassungsgericht, der „Sache“ angenommen hat und der Politik einen Verstoß gegen die Verfassung bescheinigte.

„Der Zweck... der Zweck ist sicher eine Vereinfachung im Bereich der Sozialgesetzgebung gewesen. Das ist sicher der Hauptzweck gewesen, also letztlich eine Erleichterung, auch in der Bürokratie.“

„Also die Agenda 2010 kenne ich zu schlecht, um da wirklich was Vernünftiges sagen zu können. Einen Hauptunterschied, den ich zwischen Hartz IV und Sozialhilfe sehe: Ich hatte längere Zeit Kinder in meinem Kinderchor, die waren Sozialhilfeempfänger, und die konnten für Klassenfahrten, für Konfirmationsfeiern, für Sonderanschaffungen auf's Sozialamt gehen. Und ich beobachte zumindest, dass dieser Prozess schwieriger geworden ist mit Hartz IV. Schwierig kann auch einschließen: nicht mehr möglich. Von daher ist das in meinen Augen eine ganz schlechte Reform. Weil sie die Differenzierungen von damals nicht zuläßt. Wenn ich richtig informiert bin – muß ich immer dazu sagen. Ich möchte nichts sagen, wo jemand denkt, der M. hat ja gar keine Ahnung wie's ist.“

Diese Meinungen des Musikers deckt sich mit der schon erwähnten Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die zu folgenden Forderungen kommt:

² Ebenda.

„Die (Wieder)Einführung der Möglichkeit zur Gewährung einmaliger und atypischer Leistungen, damit beispielsweise die Einschulung, die Anschaffung eines Fahrrads oder Fernsehers oder die dringend benötigten Nachhilfestunden auch für Hartz IV-Familien wieder finanzierbar sind. Darüber hinaus muss die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche vor Ort – insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport – ausgebaut und kostenfreie bzw. stark kostenreduzierte Zugänge für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten geschaffen werden. Unter diesen beiden Voraussetzungen könnten die Regelsätze nach Paritätischen Berechnungen niedriger ausfallen.“³

Auch weiterführende Vorstellungen werden bei der Frage nach dem Zweck von „Hartz IV“ geäußert.

Der Musiker fügt an: „Ja. Ein Hauptinstrument müsste sein, das Wagnis der Selbständigkeit mehr zu fördern. Oder ich sag’s mal anders: Der Staat müsste mehr Instrumente zur Verfügung haben in der Suche nach Alternativen für eine Berufstätigkeit im Angestelltenverhältnis. Da müsste der Staat mehr Ideen fördern, die Leute in die Selbständigkeit zu bringen, sie wegzunehmen aus dem hart umkämpften Arbeitnehmermarkt.“

Diese Meinung findet ihren Widerhall in der vorab zitierten Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Sie fordert „den Ausbau öffentlich geförderter, dauerhafter und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Wenn der Arbeitsmarkt versagt, muss der Staat regulierend eingreifen und dafür sorgen, dass die Menschen in schlechten Zeiten versorgt und nicht ins Nichtstun abgeschoben werden.“

„Eine Grundgesetzänderung, die eine Nachfolgeregelung für die jetzigen Arbeitsgemeinschaften – und damit die „Hilfen aus einer Hand“ – sowie die Ausweitung der bestehenden Optionskommunen garantiert. Regionale Gestaltungsspielräume müssen gestärkt werden und die Entscheidungen müssen da fallen, wo die Menschen sind.“⁴

Dass all diese Aspekte auch von der „Hartzkommission“ berücksichtigt wurden, sieht man in dem „Konzept zur Reform des Arbeitsmarktes“. Es umfasst 13 „Innovationsmodule“, die zunächst eins zu eins umgesetzt werden sollten.

Das 13. Modul: „Masterplan – Beitrag der Profis der Nation“ fordert: „Gegen Arbeitslosigkeit sollen nicht nur Politiker, Gewerkschaftler, Unternehmer angehen – oder gar die Arbeitslosen alleine; sondern es soll ein flächendeckendes Netz konkreter Projekte zur Lösung der mit Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme entstehen, ein Netz, an dem sich möglichst viele Leute mit verschiedenen Tätigkeitsbereichen beteiligen sollten. Die Hartz-Kommission versuchte dies unter der Bezeichnung „Profis der Nation“ zusammenzufassen; gemeint sind praktisch alle, die irgendetwas tun: Politiker, Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit, Unternehmer sowie Manager, Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, Vertreter der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Lehrkräfte, Geistliche, Journalisten, Künstler, Verantwortliche in sozialen Einrichtungen, Arbeitsloseninitiativen und Selbsthilfegruppen“.⁵

Dieses Modul fand dann leider keine Berücksichtigung bei der Hartz-Gesetzgebung, obwohl hier genau das Notwendige ausgedrückt wird. Nämlich, dass das Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit ein gesellschaftliches ist und dass es demzufolge allerhöchster gesellschaftlicher Anstrengungen bedarf, dem entgegen zu wirken, anstatt anstehende Probleme auf ein Zusammenspiel von Arbeitslosen auf der einen und den ARGEn und Optionskommunen auf der anderen Seite zu reduzieren.

Dass diese Aspekte nicht vollständig aus dem „öffentlichen Bewusstsein“ verschwunden sind, sondern nur bei den Bundesregierungen und den Verantwortlichen der deutschen Unternehmen

³ www.5jahre-hartz4.de/index.php?id=1697

⁴ www.sozialticker.com/paritaetischer-warnt-vor-faulem-kompromiss-bei-hartz-iv-strukturereform

⁵ de.wikipedia.org/wiki/Hartz-Konzept

keine Berücksichtigung finden, zeigen Dutzende von Studien der politischen Opposition, der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrt, kirchlicher Organisationen und der Gewerkschaften. Dass in letzter Zeit nicht nur sich politisch verstehende Organisationen gesamtgesellschaftliche Modelle entwickeln, ist sicher auch ein Zeichen dafür, dass in diesen Institutionen inzwischen die Einsicht gereift ist, oder aber jetzt formuliert wird, dass eine Debatte über „Zumutbarkeit“, „Sanktionen“, „Höhe der Regelleistung“ oder „angemessenen Wohnraum“ nicht problemlösend sein kann. Die Erkenntnis, dass gesellschaftliche Gegenentwürfe notwendig sind, um zurück zu einem Staat zu gelangen, der zu Recht wieder das Attribut „sozial“ im Namen führen kann. Der seinen Aufgaben gegenüber seinen Bürgern gerecht wird, indem er allen arbeitswilligen Menschen einen angemessenen Arbeitsplatz zu Verfügung stellt, egal ob sich dieser, trotz bestehenden Bedarfs, als ökonomisch sinnvoll erweist. Der Millionen von Staatsbürgern das Gefühl zurückgibt, sich selbst und seine Familie aus eigener Kraft reproduzieren zu können und somit darüber hinaus auch an der Reproduktion der Gesellschaft beteiligt zu sein.

Wenn im Rahmen der Interviews häufig von „Druck“, „Zumutbarkeit“ oder „Fördern und Fordern“ die Rede ist, so sind diese Aussagen oft sehr subjektiv geprägt. Sie unterliegen einer Reflexion aus der eigenen gegenwärtigen Situation. Sie haben mit der Lebenswirklichkeit und den Erfahrungen eines ALG-II-Beziehers und der Praxis der ARGEN und Optionskommunen kaum eine Übereinstimmung.

Dieses verdeutlicht sich sehr anschaulich an einem Statement des Musikers auf die Frage nach Zumutbarkeitskriterien:

„Die gibt es, aber ich würde nach einer kritischen Selbsteinschätzung sagen, die liegen bei mir höher als bei vielen anderen. Also ich könnte mir z.B. vorstellen, wenn es denn sein müßte, jeden Tag nach Leipzig zu fahren und dort zu arbeiten, das wäre z.B. eine weite Anreise, das könnte ich mir vorstellen. Ich könnte mir auch vorstellen, jeden Tag länger zu arbeiten, das hängt ja auch mit Zumutbarkeit zusammen. Ich könnte mir auch vorstellen, mit weniger qualifizierten Leuten zu arbeiten, das wäre auch eine Sache der Zumutbarkeit – ich überlege gerade, wo wäre die Grenze? Wenn alles zusammen käme. Also wenn die Zumutbarkeit an drei Fronten bis an die Grenze ausgereizt wäre, dann würde ich sagen: nicht mehr mit mir.“

Das dritte Modul, das in der Hartz-Gesetzgebung berücksichtigt wurde, intendiert dieses im Prinzip ebenso.

„Neue Zumutbarkeit und Freiwilligkeit: Die Zumutbarkeit wird nach geographischen, materiellen, funktionalen und sozialen Kriterien, bei denen auch die familiäre Situation eine Rolle spielt, neu formuliert. So wird einem jungen, alleinstehenden Arbeitslosen bei der Mobilität mehr zugemutet als einem Arbeitslosen mit Verantwortung für Familienangehörige. Lehnt ein Arbeitsloser eine Beschäftigung ab, muss er nachweisen, dass die abgelehnte Beschäftigung unzumutbar war. Sperrzeiten für die Zahlung von Arbeitslosengeld werden künftig differenzierter nach verschiedenen Tatbeständen eingesetzt“.⁶

Die gängige Praxis widerspricht dem allerdings. Problematisch erscheint außerdem, dass eine nicht vorhandene „Zumutbarkeit“ vom Betroffenen selbst nachgewiesen werden muss und der Beurteilung genau des Sachbearbeiters unterliegt, der eben diese Arbeit zugemutet hat.

So muss grundsätzlich jede Art von Arbeit angenommen werden, zu der man körperlich, geistig und seelisch in der Lage ist - auch Minijobs. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Lohn untertariflich oder unterhalb des ortsüblichen Entgelts liegt. Natürlich sind "sittenwidrige" Arbeitsbedingungen von diesem Gebot ausgenommen.

Als sittenwidrig gilt z. B. ein Lohn, der ca. 30 Prozent unter dem jeweiligen ortsüblichen Lohn liegt. Es gibt jedoch auch Ausnahmen: So gilt die Erziehung eines Kindes unter drei Jahren als zulässiger Ausnahmetatbestand, d. h., eine angebotene Arbeit wäre bei großer Entfernung nicht zumutbar. Die Ausübung einer Arbeit kann auch unzumutbar sein, wenn sie mit der Pflege eines Angehörigen nicht vereinbar ist und die Pflege nicht auf andere Weise sichergestellt werden kann.

⁶ Ebenda.

Kritik an der „Neuen Zumutbarkeit“ kommt auch von Seiten der Gewerkschaften, der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände.

„Erworbene Qualifikationen werden entwertet, wenn Arbeitsplätze unabhängig von der erworbenen Ausbildung angenommen werden müssen bzw. dies im Ermessen der jeweiligen Sachbearbeiter bei den Agenturen steht.

Es entsteht Druck insbesondere in den unteren Lohngruppen, weil jeder zu jeder Arbeit gezwungen werden kann. Hier befürchten die Gewerkschaften Lohnsenkungen und damit eine weitere Schwächung der Binnennachfrage. Das gesamte Lohngefüge könnte nach unten ins Rutschen geraten.

Der Zwang zur bundesweiten Mobilität kann soziale Strukturen (Familien, Freundeskreise) stören sowie in ganzen Regionen (v. a. Ostdeutschlands) zur Abwanderung vor allem der jüngeren und mobileren Bevölkerungsschichten führen.

Insgesamt verstärken sich der Druck und der Warencharakter der Arbeit.“⁷

Diese Meinung spiegelt wider, dass es tatsächlich ganz subjektiv, ganz individuell zur Ablehnung von „Arbeitsmöglichkeiten“ kommen kann, ohne dass man eine grundsätzliche „Arbeitsunwilligkeit“ unterstellen darf. Das schließt nicht aus, dass es auch ALG-II-Bezieher geben mag, die nicht oder nicht mehr arbeiten möchten. Unsere Untersuchung ergab, dass die Befragten diesen Personenkreis auf unter 10% aller Langzeitarbeitslosen einschätzten. Dass diese Menschen trotzdem einen uneingeschränkten Anspruch auf Regelleistung und Kosten der Unterkunft haben, zeigt sich in der Aussage des Chemikers.

„Also, solange wir trotz allem immer noch ein relativ reiches Land sind, hat die Gesellschaft die Pflicht, auch die, die nicht arbeiten wollen, nicht auszugrenzen. Und von daher denke ich, dass die, die nicht arbeiten wollen, für die ist das Hartz IV-Modell fair. Drunter nein, nicht auf die Straße schicken, nicht praktisch staatsverordnet den sozialen Abstieg bis ganz unten hin als Strafe für Faulheit, so nicht, aber ich denke, da sind die Hartzgesetze richtig. Wobei ich damit die Grundversorgung meine und nicht die Möglichkeit: Wer eine zumutbare Arbeit nicht annehmen will, dem werden die Leistungen gekürzt. Also die Grundversorgung muss gewährleistet sein, auch das Recht auf eine Wohnung.“

Die Möglichkeit, Menschen, die sich dem Umgang mit ARGEn und Optionskommunen nicht mehr aussetzen wollen oder können, einfach in Ruhe zu lassen und ihnen trotzdem Grundversicherung und Kosten der Unterkunft zuzugestehen, ist seit der Hartz-IV-Gesetzgebung nicht mehr gegeben. „Keine Hilfe ohne Gegenleistung“ war das Synonym für tiefe Einschnitte in den Lebenszusammenhang vieler Betroffener. Zum einen war das unkoordinierte Nebeneinander von zwei Hilfesystemen, der bedarfsabhängigen, kommunal finanzierten Sozialhilfe und der einkommensabhängigen Arbeitslosenhilfe, Union und SPD schon lange ein Ärgernis.

Zum anderen bestand in beiden Parteien die Absicht, Arbeitslose unter Androhung von Leistungskürzungen zu motivieren, jede mögliche, zumutbare Arbeit anzunehmen. Darüber hinaus stellte eine in der Praxis oft willkürliche Auslegung der „Mitwirkungspflichten“ nach SGB I, § 60 bis § 67, in der Fassung vom 11. Dezember 1975, eine weitere willkommene Sanktionsmöglichkeit dar. Angesichts der Tatsache, dass durch die Zusammenlegung beider Sozialsysteme über Nacht plötzlich mehr als eine Million Sozialhilfeempfänger zu arbeitssuchenden ALG-II-Beziehern wurden, stellte das Gesetz nun Möglichkeiten bereit, das Prinzip „Hilfe und Gegenleistung“ wirkungsvoll zu praktizieren.

In ungewöhnlich scharfer Form hat der Chef der Drogeriekette dm, Goetz Werner, die Hartz-IV-Gesetze kritisiert. In einem Interview mit dem Hamburger Magazin stern (Ausgabe 17 / 2006) sagte der 62-Jährige: "Hartz IV ist offener Strafvollzug. Es ist die Beraubung von

⁷ bildungsklick.de/datei.html?fileMetaDataId=17276

Freiheitsrechten. Hartz IV quält die Menschen, zerstört ihre Kreativität." Es sei ein Skandal, "dass eine rot-grüne Regierung dieses destruktive Element in die Gesellschaft gebracht" habe. Als Fußnote der Geschichte sollte noch erwähnt werden, dass diese Gesetzgebung mit breiter Zustimmung der Oppositionsparteien erfolgte (mit Ausnahme der PDS).

Eine zusätzliche Problematik entsteht durch die Bedarfsgemeinschaft nach BSG II. War nach BSHG noch der Einzelanspruch entscheidend, beispielsweise bei einer minderjährigen unverheirateten Hilfesuchenden, die schwanger war oder ihr leibliches Kind bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres betreute, war das Einkommen und Vermögen der mit ihr zusammenlebenden Eltern oder des mit ihr zusammenlebenden Lebenspartners nicht zu berücksichtigen.

Da inzwischen die klassische Bedarfsgemeinschaft, die Familie oder Ehe mehr und mehr in den Hintergrund treten und durch sogenannte Patchwork-Gemeinschaften ersetzt werden, entstehen für viele Menschen im ALG-II-Bezug zusätzliche Probleme.

Mehr und mehr Betroffene, die in keinerlei verwandtschaftlicher Beziehung zueinander stehen, müssen nun wirtschaftlich füreinander aufkommen. Personen, deren Status ökonomisch abgesichert ist, müssen, wenn sie mit einem oder mehreren ALG-II-Beziehern in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben, nicht nur für diese aufkommen, sondern auch ihre persönlichsten Angelegenheiten preisgeben. Vom Arbeitsvertrag über den Kontoauszug bis hin zu bestehenden Versicherungs- oder Sparverträgen, nichts unterliegt mehr dem Schutz der Privatsphäre. Selbst Unterhaltspflichten, die den oder die Partner in Bedarfsgemeinschaften und den Leistungsbetreuer gar nichts angehen, müssen offengelegt werden. Diese Praxis lässt groteske, für den normalen Menschenverstand unglaubliche Situationen entstehen, die, wenn sie sich nicht in den Inhalten tausender Internetseiten widerspiegeln würden, kaum als gesellschaftliche Realität gelten dürften. Wenn beispielsweise ein Vermögen, das einem minderjährigen Kind, welches außerhalb der Bedarfsgemeinschaft lebt, zugedacht ist, für den Lebensunterhalt nicht verwandter Personen verbraucht werden muss, sind an dieser Praxis zumindest erhebliche Zweifel angebracht.

Eine grundsätzliche Diskrepanz zwischen Hartz-Konzept und legislativer Umsetzung existiert auch in der Umsetzung des Leitmotivs Fördern und Fordern: Fördermöglichkeiten für den Arbeitssuchenden sind in der SGB-II-Umsetzung ebenso unterrepräsentiert wie das - ebenfalls im Hartz-Konzept vorgesehene - Fordern der Träger in Gestalt der ARGEn bzw. Jobcenter.

Bereits Anfang März hatte das Bundesarbeitsministerium entschieden, dass die Arbeitsämter ab Januar 2002 für jeden Arbeitslosen einen konkreten Plan mit speziellen Stellen- und Bildungsangeboten erarbeiten sollen. Was dann als "Bildungsoffensive" oder als "individuelles Vermittlungsangebot" daher kam, ist in Wirklichkeit ein Programm von Zwangsmaßnahmen, um z.B. Arbeitslose zu zwingen, jede Art von Arbeit zu niedrigsten Löhnen anzunehmen oder Anordnungen zu genügen, die mit wirklicher Förderung nichts gemein haben. „Die Regierung treibt einen weitreichenden Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik voran: Wer auf staatliche Leistungen angewiesen ist, muss Gegenleistungen erbringen - egal wie sie aussehen, und egal wie stumpfsinnig die Beschäftigungstherapie ausfällt. Mit der Achtung von Menschenwürde hat das nichts zu tun. Sondern mit dem Aufbau staatlicher Kontrolle und individueller Maßregelung und mit dem Willen, auf Teufel komm raus die Sozialleistungen zu kürzen.“⁸

„Niemand soll sich in der Arbeitslosigkeit einrichten“ - oder das Märchen von der sozialen Hängematte

„Geht es nach dem Willen einiger Koalitionsmitglieder, müssen sich Langzeitarbeitslose auf noch ungemütlichere Zeiten einrichten. So fordert CSU-Generalsekretär Markus Söder nun, Hartz-IV-Empfängern den Urlaubsanspruch abzuschaffen. Im Herbst, wenn die Bundesregierung über

⁸ www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/gegenleistung-um-jeden-preis

Nachbesserungen der Arbeitsmarktreform berät, solle geklärt werden, ob Arbeitslosengeld-II-Bezieher weiterhin Anspruch auf Urlaub haben dürften, sagte Söder dem Sender N24. Das geht nicht. Das muss sich ändern, so der CSU-Politiker. Es müsse klar sein, dass sich niemand in Hartz IV ausruhen könne, sondern jeder die vorhandenen Arbeitsangebote auch annehmen müsse.“ (stern 25.08.2006)

„Mehr denn je gibt es einen moralischen Aspekt der Arbeit: Sie dient heute der Selbstverwirklichung und ist unentbehrlich für das Selbstwertgefühl - so wird uns zumindest suggeriert. Je knapper existenzsichernde Arbeitsplätze, umso mehr wird ‘Arbeit’ moralisch aufgeladen. Erwerbslose dürfen sich nicht in der Arbeitslosigkeit einrichten. Man befürchtet ein ‘moralisches’ Risiko.“⁹

„In Deutschland ist weitgehend dafür gesorgt, dass Kranke und Schwache in ihrem Leben zurechtkommen, und das ist auch sehr gut so. Deutschland gilt als Weltmeister der Wohlfahrt. Das ist eine Errungenschaft, um die uns die Bürger vieler Länder beneiden. Der Sozialstaat des rheinischen Kapitalismus beruht auf einem breiten Konsens, abschaffen will ihn ganz sicher niemand. Aber wenn das soziale Netz flächendeckend als Hängematte benutzt wird, wenn sich viele, zu viele auf Kosten der Allgemeinheit ein bequemes Leben machen und die Regularien der Arbeits- und Sozialämter solchen Missbrauch allzu einfach gestalten, dann erweist sich der Wohlfahrtsstaat als Utopie. Was noch immer fehlt, ist eine umfassende Sozialreform, und solange da nichts geschieht, sieht die Realität auch weiterhin so aus.“¹⁰

„Arbeitslose wollen keine soziale Hängematte.“

„In Deutschland fehlt es an Arbeitsanreizen. So sehen es FDP-Chef Guido Westerwelle und die OECD. Die Arbeitsagentur erklärt hingegen: Für einen Job nehmen Erwerbslose auch weniger Lohn in Kauf.“¹¹

All den vorangestellten Zitaten fehlt bei genauerer Betrachtung das Objekt der Untersuchung. Natürlich will kaum einer in der sozialen Hängematte liegen oder sich in der Langzeitarbeitslosigkeit einrichten. Aber es gibt sie: Millionen von Menschen, die sich in der Langzeitarbeitslosigkeit einrichten müssen, da sie auch beim besten Willen keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Der Zynismus, vermutlich von der Schröder-Regierung in die Welt gebracht, lässt sich kaum überbieten. Im Klartext sagt er: Der Langzeitarbeitslose darf sich mit seinen Lebensumständen, die er noch nicht mal selbst zu verantworten hat, nicht arrangieren! Darf man einem Menschen in einem Sozialstaat verwehren, sein Leben nach bestehenden Umständen so zu gestalten wie es nach eigener Einschätzung das Beste für ihn ist? Sicher darf man Menschen ermutigen, eine aussichtslose Situation nicht hinzunehmen, aber darf man sie dazu zwingen?

Kirchler beschreibt diese aussichtslose Situation wie folgt: "Nach einer anfänglichen Phase des Schocks sucht der Betroffene noch zuversichtlich nach einem neuen Arbeitsplatz. Nach wiederholten Misserfolgen folgt eine Phase des Pessimismus und der Hoffnungslosigkeit. Angst, Verzweiflung und Ohnmacht sind prägend und führen in die letzte Phase, die durch Fatalismus gekennzeichnet ist."¹² Durch Dauererwerbslosigkeit werden Menschen in eine Situation hineingestoßen, auf die sie in keiner Weise vorbereitet sind. Die allgemeinen Normen und Wertvorstellungen sind auf ein anderes Leben ausgerichtet. Mit dem Stellenverlust verlieren die Betroffenen eine wichtige Quelle der Bestätigung und der sozialen Wertschätzung. Daraus entsteht eine Vielzahl von persönlichen und sozialen Konflikten. Da Langzeitarbeitslosigkeit

⁹ www.trend.infopartisan.net/

¹⁰ www.hartz4-im-netz.de/PagEd-index-page_id-133.html

¹¹ [/www.stern.de/politik/deutschland/bundesagentur-fuer-arbeit-arbeitslose](http://www.stern.de/politik/deutschland/bundesagentur-fuer-arbeit-arbeitslose)

¹² nach Roman Scharwächter - Beschäftigungsgesellschaften aus rechtlicher und sozialer Sicht

kaum als gesellschaftliches Problem wahrgenommen wird, erfahren die Betroffenen Arbeitslosigkeit als Individuen und nicht als Mitglieder einer Gruppe.

Um diese Phase des Fatalismus abwenden zu können, müssen Langzeitarbeitslose sich dringend in ihrer Arbeitslosigkeit einrichten. Das bedeutet, dass eine perspektivische Lebensplanung und Lebensgestaltung unter den Bedingungen von Hartz-IV erfolgen muss. Dieses ist mit harten, oft grausamen Einschnitten verbunden, die für den Betroffenen nichts mit einer „flächendeckenden sozialen Hängematte“ und erst recht nichts mit „einem bequemen Leben auf Kosten der Allgemeinheit“ zu tun haben. Faktisch bedeutet das zunächst, individuell zu akzeptieren, langfristig zu den ärmsten Mitgliedern unserer Gesellschaft zu gehören und daraus resultierend Wege zu suchen, Möglichkeiten zu entwickeln, damit umgehen zu können. Dazu bedarf es der Erkenntnis, dass das soziale Problem nicht als persönliches Versagen verstanden und erlebt werden darf, und somit die Verantwortung hierfür nicht der eigenen Person zuzuschreiben ist.

In der Regel besteht die Notwendigkeit, neue soziale Netze zu installieren, da die alten nach dem Verlust des Arbeitsplatzes meist keinen längeren Bestand haben. Angesichts der Tatsache, dass sich soziale Netze meist über einen Zeitraum von mehreren Jahren herausbilden, sind notwendige Schritte äußerst mühevoll und meistens nicht zu planen, zumal es keine gesellschaftlichen Modelle oder Studien gibt, wie ein soziales Netz unter Bedingungen der Langzeitarbeitslosigkeit entstehen kann. Somit ist es der Eigeninitiative des Betroffenen und oft dem Zufall überlassen, wie und ob überhaupt ein sinnvolles soziales Gefüge entstehen kann.

Ähnlich wie beim 13. Modul der „Hartz-Kommission“, dem „Masterplan – Beitrag der Profis der Nation“, sind auch hier alle gesellschaftlich relevanten Gruppierungen und Organisationen gefragt. Ziel ist dabei, die ökonomischen, sozialen und kulturellen Teilhabemöglichkeiten der Menschen nicht nur zu verbessern, sondern grundlegend zu verändern. Alle Menschen sind zwar nominal für ihr Leben und Handeln selbst verantwortlich, doch sie benötigen sichere gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Strukturen, die ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Verantwortung - das gilt auch als Langzeitarbeitslose - für sich selbst und die Gemeinschaft erst möglich machen.

Ende 2009 hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine Studie vorgelegt. Die Experten des IAB ziehen darin eine positive Bilanz der Arbeitsmarktreformen. „Alles in allem wirkt die Reform positiv“, sagte Joachim Möller, Direktor des Forschungszentrums der Bundesagentur für Arbeit. „Die Langzeitarbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen“. Auch die Vermittlung offener Stellen an Arbeitslose habe sich verbessert. Er sieht dies als Indizien für den Erfolg der Hartz IV-Reformen. Anders beurteilt dieses der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV):

„Fünf Jahre nach Inkrafttreten von Hartz IV kann die Reform in ganzer Linie als gescheitert betrachtet werden.“

Die Vermittlung klappt nicht, es wurden weder reguläre Arbeitsplätze geschaffen, noch der Ausbau der öffentlichen Beschäftigung vorangetrieben. Dreiviertel aller Betroffenen verbleibt dauerhaft im Hartz IV-Bezug. Die Anzahl der sogenannten „Aufstocker“ ist explodiert und liegt aktuell bei 1,3 Millionen erwerbstätigen Personen, deren Lohn zum Leben nicht reicht. Die Regelsätze, insbesondere für Kinder und Jugendliche, sind um bis zu 30 Prozent zu niedrig bemessen und reichen vorne und hinten nicht. Jeder dritte abgelehnte Widerspruch landet zur Klageerhebung vor dem Sozialgericht. In fast der Hälfte der Klagen wird den Klägern Recht gegeben. Und aktuell sieht es so aus, als wenn die Bundesregierung durch die (Wieder-)Einführung der getrennten Aufgabenwahrnehmung das einzig positive Kernstück an Hartz IV abschafft, statt den Weg freizumachen für eine Grundgesetzänderung, die die „Hilfen aus einer Hand“ gewährleisten würde.

Seit Verkündigung der Agenda 2010 im März 2003 ist die Arbeitslosenzahl zwar von 4,6 auf aktuell 3,2 Millionen zurückgegangen. Doch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden erst im kommenden Jahr voll auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Zudem weisen die Kennzahlen darauf hin, dass die bisherige Entwicklung mit einem Qualitätsverlust des Arbeitsmarktes erkauft wurde. So ist trotz des temporären Rückgangs der Arbeitslosigkeit die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse seit 2003 gerade mal von 26,9 Millionen auf 27,3 Millionen gewachsen. Stattdessen wächst die Zahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und finden sich 1,3 Millionen „Aufstocker“ in den Job-Centern: Menschen die durchaus einer Arbeit nachgehen, deren Einkommen jedoch nicht reicht, um sich vom Arbeitslosengeld II unabhängig machen zu können. Dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen steht damit eine Zunahme dessen gegenüber, was mit Blick auf amerikanische Verhältnisse gemeinhin Working Poor genannt wird. Die Senkung der Arbeitslosigkeit ist demnach zu einem erheblichen Teil mit der Ausweitung von Arbeitsverhältnissen erkauft worden, die nicht einmal vor Armut schützen können.

Hartz IV trägt nicht unerheblich zu der rasanten Spaltungsgeschwindigkeit in dieser Gesellschaft bei, wie sie selbst der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dokumentiert hat. Neben dem erschreckenden Ausmaß der weiter wachsenden Kinderarmut muss es besonders besorgt stimmen, dass die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs drastisch schwinden. Die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft nimmt ab, die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu.“¹³

¹³ /www.5jahre-hartz4.de/index.php?id=1698

Sozialstaat, Arbeit und Menschenwürde

Eigene Überlegungen und Zitate aus dem Internet

Eine Definition des Sozialstaats ist nicht einfach. Ein etymologischer Zugang kann hilfreich sein für eine semantische Analyse. Denn eine Wortbildung entsteht oft, um eine Bedeutung auszudrücken.

Sozial bedeutet gesellschaftlich. Also beschreibt das zusammengesetzte Substantiv Sozialstaat die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Um mit dem Grundwort zu beginnen, wird zunächst festgestellt, dass der Staat in marxistischer Sprechweise das Machtinstrument in den Händen der herrschenden Klasse ist zur Unterdrückung der ausgebeuteten Klasse. In diesem Sinne entstand die Wortbildung Unterdrückungsstaat. Das Bestimmungswort drückt eine zugehörige Eigenschaft oder auch Aufgabe aus.

Auch wenn die Macht nicht zur Unterdrückung und Ausbeutung dient, so ist sie doch ein Mittel zur Durchsetzung von gesetzlichen Vorschriften durch den Staat.

Das Gedicht „Macht“ von Klausdieter Weller beschreibt die Rolle der Staatsmacht. Darin heißt es

Nach einem weit verbreiteten Verständnis
ist Macht benutzte Menschenkenntnis,
um das Verhalten und das Denken
von andern zielbewusst zu lenken.

Im menschlichen Zusammenleben
muss es Verhaltensregeln geben.
Wer Macht hat, sagt die Regeln an,
dann gelten sie für jedermann.

Verstoß wird mit Gewalt vermieden.
Jedoch gesellschaftlichen Frieden
kann es nur geben, wenn der Staat
allein Gewaltbefugnis hat.

Macht ist also intellektuelle und wirtschaftliche Überlegenheit einer Minderheit gegenüber der Mehrheit der Gesellschaft. Mit Hilfe von Überzeugung, aber auch staatlicher Gewalt gelingt es der Minderheit, der Mehrheit ihren Willen durch Verhaltensregeln aufzuzwingen. Menschliche Phänomene wie das Denken und die Wirtschaft scheinen also wesentlich zur Entstehung von Macht beizutragen.

Macht und Führungsanspruch im Tierreich gibt es nur in der Vorform der Drohgebärde, verständlicherweise eher in Rudeln von Wildtieren als in Herden von Haustieren. Aber bereits im Tierreich herrscht eine Minderheit über eine Mehrheit.

In dem Gedicht „Vom Wohnen“ von Klausdieter Weller heißt es:

Die Arbeit, Denken und das Wohnen,
sie unterscheiden Mensch und Tier.

An der Schwelle der Menschwerdung liegt der Übergang von Evolution in Geschichte unter Beibehaltung und Ausformung evolutionärer Merkmale und Züge. In diesem Sinne ist die Demokratie eine höhere Entwicklungsstufe der Menschheit.

Ähnlich wie die Macht haben auch menschliche Arbeit und menschliche Solidarität evolutionären Ursprung.

Die Verhaltensregeln im menschlichen Zusammenleben müssen nicht einseitig Vorschriften des Staates für die Gesellschaft sein, sondern können auch Verhaltensregeln für den Staat bedeuten. Man könnte sogar sagen, dass der Grad der Gegenseitigkeit dieser Regeln ein Maß für die Entwicklung der Demokratie in dem Staatswesen ist.

Inneregesellschaftliche Verhaltensregeln können vielgestaltig sein. Sie können die Form von Geboten oder Verboten haben. Das Bestimmungswort in der Wortverbindung Sozialstaat zielt auf eine spezielle Aufgabe des Staates an der Gesellschaft. Diese Aufgabe hat die Form eines Gebots, das Sozialstaatsgebot heißt.

Das Sozialstaatsgebot bedeutet die Absicherung der Grundbedürfnisse der Bürger. Der Begriff der Grundbedürfnisse lässt sich entweder eng oder weit auslegen. Dazu gehören die Sicherung von Leben und Gesundheit, Wohnung und Ernährung. Es gibt aber auch kulturelle und geistige Bedürfnisse. Dazu gehören das Recht auf Bildung, auf Kindererziehung, auf künstlerische oder sportliche Betätigung und Angebote, das Recht auf Zugang zu Informationen, das Recht auf Religionsausübung, das Recht auf demokratische Mitgestaltung der Lebens- und der Arbeitswelt, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Wahrung der Menschenwürde.

Strittig ist, ob das Recht auf Arbeit und Erholung zu den sozialstaatlich zu schützenden Grundbedürfnissen gehört, weil es unter kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen nicht gesamtgesellschaftlich durch den Staat gewährleistet werden kann. Als Aufgabe des Sozialstaats im engeren Sinne wird deshalb eine Einkommensersatzleistung aus Beitrags- und Steuermitteln durch den Staat als Lebensunterhalt für Erwerbslose betrachtet. Denn ansonsten könnte das unstrittige Grundbedürfnis der Sicherung von Leben und Gesundheit, Wohnung und Ernährung bei erwerbslosen Staatsbürgern nicht gewährleistet werden. Darüber hinaus wäre sogar deren Menschenwürde gefährdet. Das Recht auf Arbeit und Erholung zu den sozialstaatlich zu schützenden Grundbedürfnissen zu zählen, liegt nahe, weil ohne Arbeitseinkommen die Sicherung von Leben und Gesundheit, Wohnung und Ernährung gefährdet ist.

Insofern ist es unbefriedigend, dass das Recht auf Arbeit nicht einmal als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wird.

Arbeit und Würde in Verbindung zu sehen, liegt nahe, weil die Arbeit einen erheblichen Anteil an der Menschwerdung des Menschen hat. Auch wenn es sich nicht von Anfang an um Erwerbsarbeit gehandelt hat, war Arbeit doch ein Mittel zur Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und zur Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse. Daraus erklärt sich die gesellschaftliche Wertschätzung der Arbeit und umgekehrt die Empfindung des Arbeitsentzugs, mindestens bei Langzeitarbeitslosigkeit, als Angriff auf die Menschenwürde.

Der Techniker zählt Wahrung der Menschenwürde zu den Aufgaben des Sozialstaats

„...aber man darf darüber nicht jene vergessen, die gewissermaßen jetzt 40/50 sind und die auch ein Anrecht haben gewissermaßen auf Chancen zu kriegen oder bzw. auch ein Leben zu führen, was würdevoll ist, sag ich mal so.“

Eine Begriffsbestimmung der Menschenwürde ist ebenfalls sehr schwierig. Der Versuch aber scheint sich zu lohnen, um den Zusammenhang von Arbeit und Würde besser zu verstehen. Zunächst wird der Zusammenhang des menschlichen Lebens mit der Würde des Menschen betrachtet.

Würde steht jedem Menschen zu, und zwar von der Zeugung bis zum Tode (und darüber hinaus), unabhängig von seinem sozialen Status, seinem Gesundheitszustand, seiner Bildung, seiner Nationalität, seiner Religionszugehörigkeit usw. Anspruch auf Würde deckt sich mit dem Diskriminierungsverbot in den Menschenrechten. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Würde ist auch nicht an Bewusstsein oder die Fähigkeit gebunden, Verantwortung zu übernehmen, denn dann könnten selbst Neugeborene noch keine Würde haben und debile Personen nicht mehr. Würde von Anfang an bis zum Ende des Lebens ist die plausibelste Annahme. (Es ist praktikabler, die Befruchtung als den Beginn des (menschlichen) Lebens anzusehen, weil die anderen genannten Zeitpunkte vor der Geburt (Einnistung des Embryos in die Gebärmutter) medizinisch nicht genau genug bestimmt werden können.)

Würde liegt in der Person des einzelnen Menschen einerseits und in seiner Beziehung zu seinen Mitmenschen andererseits, d.h. im ich und im du.

Obwohl der Embryo nicht „ich“ sagen kann und noch nicht der willentlichen Selbstbestimmung fähig ist, hat er doch Anspruch auf natürliche Selbstbestimmung; er darf nicht zum Mittel fremder Zwecke gemacht, d.h. nicht fremdbestimmt werden, niemandes Eigentum sein, keine Gewalt und erst recht nicht Tötung erfahren. Er genießt denselben ethischen Status wie nicht mehr einwilligungsfähige

Personen am Ende des Lebens. Die Würde des Menschen und das Verbot, Menschen zu töten oder zu verwerten, hängen eng zusammen. Deshalb kann man das Menschenrecht auf Bewahrung des Lebens und der Gesundheit wohl nur akademisch vom Recht auf Wahrung der Würde trennen, als medizinisch-soziale Kategorie im Unterschied zu einer philosophisch-ethischen Kategorie.

Arbeit zum Erwerb von Lebensunterhalt aber ist die medizinisch-soziale Grundlage zur Bewahrung des Lebens und der Gesundheit, zur Sicherung der Wohnung, des Eigentums und der Ernährung. Die Würde des Menschen und das Verbot, Menschen durch Arbeitslosigkeit in finanzielle oder seelische Not zu bringen, hängen eng zusammen. Arbeitslosigkeit verletzt das Menschenrecht auf selbstbestimmtes Leben.

Die zwischenmenschliche Beziehung ist der andere Anteil an der Bestimmung der Menschenwürde. Die Arbeit ist das Medium sozialer Kontakte und der Selbstbestätigung, wovon Arbeitslose weitgehend ausgeschlossen sind. Sie leiden unter Ausgrenzung aus der Gesellschaft, Mangel an zwischenmenschlicher Zuwendung, Hilfestellung und Beratung. Sie leiden unter Entzug von Solidarität, unter Individualisierung und Vereinsamung. Der Entzug zwischenmenschlicher Beziehung ist der andere Anteil am Verlust der Menschenwürde.

Evolutionäre Anthropologie und Soziologie sehen zwischenmenschliche Solidarität als Selektionsvorteil der Art Mensch inmitten des Kampfes verschiedener Arten um Nahrung und Lebensraum mit dem Überleben der angepassten Art, die sich am schnellsten vermehren kann, um am schnellsten auf das Nahrungsangebot zugreifen und den zur Verfügung stehenden Lebensraum erfüllen zu können.

Gemeinsame Tätigkeit von Jägern und Sammlern erhöht den Erfolg der Jagd und des Ackerbaus. Das menschliche Denken wägt diesen Vorteil gegenüber dem Nachteil des Zwangs zum Teilen des Ertrages und findet heraus, dass Teilen die Solidarität stärkt. Die Bildung von Sippen verbessert die Fähigkeit, sich gegen Feinde zu wehren. Vor allem aber bieten Sippen und Familien Brutpflege und Schutz der Nachkommen und gewährleisten so genügend schnelle Vermehrung der Art Mensch.

Evolutionär entstandene Verhaltensmerkmale werden durch spezifisch menschliche Eigenschaften und Fähigkeiten überformt, gehen aber niemals wieder ganz verloren. Die Entstehung der Solidarität in Kleingruppen wie Sippen und Familien erklärt, dass sie nicht zwingend auch in Großgruppen wie ganzen menschlichen Gesellschaften tragen kann. Vielmehr bedarf sie begleitender Hilfsmaßnahmen zur gerechten Verteilung der Güter, besonders in Mangelwirtschaften wo Nahrungsmittel, Wohnraum, Geld oder eben auch Arbeit knappe Güter sind. Solidarität braucht Gerechtigkeit.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Demgegenüber ist die Freiheit der Wissenschaft nachrangig. Demgegenüber ist auch die Freiheit der Wirtschaft nachrangig. Diese Nachrangigkeit besteht im Konfliktfall medizinischer Forschung an Embryonen oder Kranken ohne Einwilligung, trotz der Heilungserwartung der Forschung und trotz der Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Wirtschaft. Die Suche nach ethisch unbedenklichen Alternativen ist zwingend geboten.

Zu Arbeit und Würde sagt Oskar Negt

Die Politik sucht nach schnellen Lösungen: Man wertet die Statistiken neu aus und schon konstatiert der "stern", dass 50 Prozent gar keine richtigen Arbeitslosen seien. Doch neben politischen Schachzügen und statistischer Akrobatik gibt es die, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ihnen hilft nur eines wirklich: ein neuer Job, um nicht die Selbstachtung und die Würde dauerhaft zu verlieren.

Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, führt zu Realitätsverlust und nimmt dem Menschen die Würde. Diese These vertritt der Soziologe Oskar Negt in seinem Buch "Arbeit und menschliche Würde".

Der LWB-Generalsekretär (Lutherischer Weltbund) Noko sagt:

Arbeitslosigkeit untergräbt die Würde der Arbeit

Die Globalisierung sei nur dann sinnvoll, wenn sie die Reduzierung von Armut ermögliche und es den Menschen erlaube, ein Leben in Würde zu führen.

Wir befinden uns in einer Situation, in der Arbeitslosigkeit die Würde der Arbeit untergräbt“, betont Noko. Arbeit diene dem Unterhalt von Familien, trage zur Gemeinschaft bei und bestimme die eigene Identität. „Mit Arbeit versuchen wir unserem Leben Würde zu verleihen und ihm einen Sinn zu geben.“

Es gebe einzelne Menschen in unseren Gesellschaften, die aufgrund von Arbeitslosigkeit ihr Selbstwertgefühl verloren hätten und nicht in der Lage seien, ihren Familienmitgliedern in die Augen zu schauen. Diese negativen Auswirkungen der Globalisierung hätten die Tendenz, die Würde der Arbeit zu untergraben.

Die Organisation **Movimiento Teresa Rodríguez (MTR)** setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der soziale Gleichheit und Solidarität die Beziehungen unter den Menschen bestimmen sollen. Ihr Motto lautet: Arbeit, Würde und Sozialer Wandel.

Arbeit und Würde: Diskussion um Mindestlöhne (02.06.2006, Süddeutsche Zeitung)

Kann man die Meinung von Sibylle Haas aus ihrem Artikel „Alle fordern gerechte Löhne - doch was ist ein gerechtes Einkommen?“ akzeptieren?

Sie schreibt: „Der Ruf nach Mindestlöhnen ist populär. Politiker, auch aus der Koalition, Gewerkschafter und Kirchen fordern das vermeintlich Naheliegende: gerechte Löhne und einen angemessenen Anteil der Erwerbstätigen am Wohlstand.

Wer arbeitet, soll so viel verdienen, dass es für ihn und die Familie gut reicht. Es geht um Wohlstandssicherung und, mehr noch, um Würde.

Doch von welcher Lohngrenze an wird die Würde eines arbeitenden Menschen verletzt? Was ist ein gerechtes Einkommen? Wie hoch muss ein Mindestlohn überhaupt sein, wenn er die Wertschätzung menschlicher Arbeit ausdrücken soll? Es gibt darauf keine einfache Antwort.

Es ist nicht unwürdig, zu einem niedrigen Lohn zu arbeiten, und ergänzende Hilfen durch den Staat anzunehmen, wenn alle Bemühungen, einen besser bezahlten Job zu finden, fehlgeschlagen sind.

Wenn eine soziale Mindestabsicherung wie in Deutschland gewährleistet ist, dann sollte Würde vor allem davon abhängen, ob jemand überhaupt arbeitet. Der Lohn und die Art der Arbeit sollten zweitrangig sein.“

Diese Behauptung muss zurückgewiesen werden. Die Schwierigkeit, gerechten Lohn zu definieren, darf nicht zur Begründung herangezogen werden, nicht einmal nach einem branchenspezifischen Mindestlohn zu suchen. Dauerhaft auf ergänzende Hilfe durch den Staat angewiesen zu sein, untergräbt selbstverständlich das Selbstwertgefühl der Betroffenen und ihre Würde.

Die Würde der Betroffenen wird auch verletzt durch die Zumutung einer Arbeit weit unterhalb ihrer beruflichen Qualifikation.

Die Würde der Betroffenen wird auch verletzt durch die gesellschaftliche und auch staatliche Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind, durch Sanktionen, durch den Vorwurf der Faulheit, durch den Vorwurf, Steuergelder in Anspruch zu nehmen.

Aufgabe des Sozialstaats ist nicht, auf Dauer Unterstützung aus Steuergeldern zu leisten, sondern durch geeignete Gesetze die Entstehung von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft zu fördern und den Menschen zu einem selbstbestimmten Leben zu verhelfen.

Arbeit (und Rente) müssen zum Leben reichen und durch Arbeitsleistung bzw. Lebensleistung begründbar sein.

Prof. Dr. **Friedhelm Hengsbach** gehört zu den schärfsten Gegnern von Schröders Agenda 2010. Der Sozialethiker und Theologe, Leiter des "Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik", kritisiert vor allem, die soziale Balance werde nicht gewahrt - es drohe eine "Deformation des gesellschaftlichen Zusammenlebens". Zum Thema Sozialstaat sagt er:

Er akzeptiere noch nicht einmal den herrschenden Glaubenssatz, dass der Sozialstaat zu teuer sei und wir ihn uns nicht mehr leisten könnten. „Es gibt so etwas wie einen kollektiven Wahn, eine kollektive Verengung des Denkens.“ Seit 25 Jahren laufe man den Verheißungen vom besseren, nämlich vom

schlanken Staat hinterher und vertraue blind den Selbstheilungskräften des Marktes. Dabei demontiere man den Sozialstaat und baue die solidarischen Sicherungen ab.

Den Hinweis, dass Kanzler Schröder und sogar die Opposition den Umbau – oder den Abriss – des Sozialstaats als notwendig einstufen, weil es nicht anders gehe, pariert Friedhelm Hengsbach mit der Feststellung: „Das ist die Bankrotterklärung jeder Politik. Wenn es keine Alternativen mehr gibt, bin ich hilflos irgendwelchen Naturgesetzen ausgeliefert. Aber ökonomische Prozesse sind keine Naturgewalten, sondern sind immer eingebettet in gesellschaftliche Entscheidungen, politische Weichenstellungen.“

Sie reden von Eigenverantwortung. Freiheit. Sich verwirklichen. Umbau des Sozialstaats. Das sind alles schöne Worte, die Politik und Wirtschaft benutzen. Die Sprachregelung kaschiert den Verfassungsbruch, den Abschied vom Sozialstaat.“ Die Agenda 2010 versteht der Jesuitenpater als Kriegserklärung an die Opfer der Krise.

Die Verlesung der Agenda am 14. März vor dem Parlament durch Gerhard Schröder sei ein schwarzer Tag gewesen für den Sozialstaat und die Demokratie.

Sie wollen den schlanken Staat. Es ist verrückt, wie sich die Vermögenden, die Einkommensstarken organisiert haben und auf jene eindreschen, die abhängig beschäftigt, arbeitslos sind oder Sozialhilfe empfangen. Es ist eine so noch nie da gewesene Solidarität der Starken gegen die Schwachen. Diese Bürgerkonvents haben eine erhebliche Macht, extrem viel Geld stecken sie in Werbekampagnen, sie steuern den politischen und öffentlichen Diskurs im Land - und sie sind im Kanzleramt angesehener als die Abgeordneten, die Repräsentanten unseres Volkes. Sie werten die demokratischen Einrichtungen der Bundesrepublik ab.

Beate Jonscher

„...dass es ein großes Unglück ist“

Die Grundangst vor Arbeitslosigkeit

Nach einigen Eingangsfragen zur Erwerbsbiographie wurden die Interviewten gebeten, spontan Gedanken und Gefühle zu äußern, die ihnen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen in den Sinn kommen.

Von den zehn Befragten waren nur drei – die Autorin, der Chemiker und der Techniker - selbst einmal arbeitslos. Das Thema Arbeitslosigkeit löste jedoch bei allen Befragten Gefühle aus.

Der Chemiker bezeichnet Arbeitslosigkeit als „großes Unglück“. Vor allem bedrückt ihn die Unmöglichkeit, für sich selbst und seine Familie sorgen zu können. Er empfindet Arbeitslosigkeit als seelisch grausam und sozial ungerecht.

Arbeitslosigkeit sei etwas „ganz Furchtbares“, meint die Autorin. Dabei sei nicht der „Reichtum“ das Entscheidende, sondern die Unmöglichkeit für den Menschen sich zu verwirklichen, sein Potenzial auszuschöpfen.

Welche Bedeutung finanzielle Probleme haben, ist offenbar sowohl von der jeweiligen persönlichen Situation abhängig – einer Verantwortung, der man nicht gerecht werden kann - aber auch von Folgen für einen selbst.

So spricht der Techniker zwar kurz darüber, dass dem Menschen die Beschäftigung fehlt, die Freude daran, etwas geschafft zu haben, erzählt aber dann ausführlich, was es für ihn bedeutete, sich finanziell einschränken zu müssen, sich als „normal“ empfundene Dinge – Bücher, Kino, Cafébesuch – nicht mehr leisten zu können.

Starke und eindeutig negative Gefühle sind bei denjenigen zu finden, deren Familienangehörige betroffen waren. Der Physiker sah seinen arbeitslosen Sohn zunehmend interessenlos und aggressiv werden. Für ihn ist daher Arbeitslosigkeit eines der „schrecklichsten Dinge“, die einem widerfahren können, und schon der Anblick des Gebäudes der Bundesagentur für Arbeit erscheint ihm „grauenhaft“ und er hofft, dort niemals hingehen zu müssen.

Der technische Mitarbeiter beobachtete, wie seine arbeitslose Schwester zunehmend abstumpfte (und wie sie unzufrieden blieb, nachdem sie als Fremdsprachenkorrespondentin lediglich Arbeit als Putzfrau gefunden hatte). Er sagt: „Arbeitslosigkeit bei mir, da würde 'ne Welt zusammenbrechen.“ Und irgendeine Beschäftigung würde die Arbeit im erlernten und lange ausgeübten Beruf nicht aufwiegen können.

Selbst bei denjenigen, die keinen direkten Kontakt zu arbeitslosen Menschen haben, ist eine – unterschiedlich ausgeprägte - Grundangst vor Arbeitslosigkeit zu spüren. So hofft der Betriebsrat, dass Arbeitslosigkeit weder ihn noch seine Familie je betreffen wird. Der Elektriker hat vor allem Angst davor, den Behörden schutzlos ausgeliefert zu sein, da er das „Drumherum“ nicht kennt.

Die Ursachen für die Angst vor Arbeitslosigkeit sind je nach Erfahrungen unterschiedlich. Die Intensität der Angst ist dabei nicht direkt abhängig von der realen Möglichkeit bzw. der Bedrohung, tatsächlich arbeitslos zu werden.

Bei denjenigen, die von der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes überzeugt sind – wie der Physiotherapeut und der Musiker - findet sich vor allem Mitgefühl. Der Physiotherapeut, der viele arbeitslose Patienten betreut, spricht von „großer Anteilnahme“.

Diese Anteilnahme gilt allen Arbeitslosen, lediglich der Musiker schränkt ein: er hat Mitleid mit allen, die „unverschuldet“ arbeitslos geworden sind.

Eine solche Einschränkung ist sonst bei keinem der Interviewten zu finden. Dennoch blieb ein Unbehagen zurück. Haben die Interviewten die Wahrheit gesagt, als sie vom Mitgefühl für Arbeitslose sprachen? Wurden ihre Aussagen beeinflusst, weil sie wussten, dass sie mit Vertretern einer Erwerbsloseninitiative sprechen?

Nein, keinem der Interviewten sollte Unehrlichkeit unterstellt werden. Insgesamt wird aber deutlich, dass differenziert wird zwischen Arbeitslosen, die „sozial erwünschtes“ Verhalten aufweisen – nach

Arbeit suchen – und solchen, die „dem Alkohol verfallen“ sind (der Betriebsrat) oder aus sonstigen Gründen nicht nützlich sein können.

Arbeitslosigkeit löst bei Betroffenen immer negative Gefühle aus, Art und Intensität der Gefühle sind sowohl von der persönlichen – der familiären – Situation als auch der individuellen Haltung abhängig. Gefühle der Ohnmacht, der Angst und Verbitterung sind ebenso anzutreffen wie Wut und Hass.

Das Eingebunden-Sein in die Familie kann die negativen Folgen mildern, da die Gefahr der Vereinsamung geringer ist. Gerade wenn Kinder versorgt werden, muss der Alltag geregelt bleiben und Mutter oder Vater werden gebraucht. Genau deshalb kann Arbeitslosigkeit in der Familie die negativen Gefühle noch verstärken: Väter oder Mütter haben Schuldgefühle, ihre Familie nicht ernähren, den Kindern nichts bieten zu können. Der Druck, endlich Arbeit zu finden, ist enorm.

Als Folge der zunehmenden „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes kommt es immer häufiger vor, dass Arbeitslosigkeit nicht zum Dauerzustand wird, sondern von Phasen der Erwerbstätigkeit unterbrochen wird. Somit stellt sich die Frage, ob der Mensch sich an den Zustand der Arbeitslosigkeit gewöhnt oder es jedes Mal schlimmer wird? Beides ist möglich und abhängig davon, wie damit umgegangen wird.

Trotz Arbeitslosigkeit ein „normales“ Leben zu führen, ist möglich, erfordert aber Selbstdisziplin. Voraussetzung ist die Hinnahme der Lebenssituation („Ich kann machen, was ich will, ich finde keine Arbeit“) und ein bewusster Umgang damit. Das bedeutet zum Beispiel jeden Tag zu planen. Es bedeutet aber auch die Akzeptanz geringer finanzieller Mittel (zum Beispiel die Fähigkeit, sich Dinge ansehen zu können, die man sich nicht leisten kann) und die Nutzung kostenfreier oder günstiger Angebote (Bibliothek, Kulturpass).

Sehr wichtig sind soziale Kontakte und gemeinschaftliche Unternehmungen, wobei auch hier finanzielle Probleme und Angst vor Ausgrenzung den Umgang erschweren.

Fazit: Arbeitslosigkeit hat negative Folgen für den Menschen. Eine zumindest teilweise Kompensation ist möglich – diese wird erschwert durch Vorurteile und negative Haltungen gegenüber Erwerbslosen.

Im Grunde genommen bewegt sich das Leben eines Arbeitslosen zwischen diesen beiden Polen: nichts tun und alles tun, um wieder den „Normalzustand“ des Menschen – das Erwerbstätig-Sein – zu erreichen.

Beate Jonscher

„... die haben einen ganz großen Knick in ihrer Psyche“

Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf den Menschen

Als Folge einer vor allem länger andauernden Arbeitslosigkeit kommt es nicht nur zu einer Entwertung der beruflichen Qualifikation und sich daraus auch ergebenden schlechteren Chancen für einen Wiedereinstieg, sondern zu einem Verlust an Lebensqualität. Arbeit regelt nicht nur den Tagesablauf, sondern gibt Wochenenden und Urlaubstagen ihre besondere Bedeutung. Die Frage: „Was machst Du?“ kann direkt mit „Ich arbeite als...“ beantwortet werden, es bedarf keiner Erklärung oder gar Rechtfertigung. Die Angst vor der Stigmatisierung (mitunter auch vor Mitgefühl!) führt zu sozialer Isolierung, vor allem bei alleinstehenden Menschen. Ältere Menschen verkraften gravierende Änderungen ihres Alltags häufig nur schwer, jüngere wie älteren laufen Gefahr, psychisch zu erkranken.

Die Autorin drückte das so aus: „... die haben einen ganz großen Knick in ihrer Psyche“

Die Aufforderung an unsere Interviewpartner lautete, sich einen langzeitarbeitslosen Menschen vorzustellen. Nicht alle mochten der Aufforderung folgen. Der Elektriker meinte, er wüsste nicht, wie er „die kritisieren oder charakterisieren“ sollte. Eigentlich kann man „den nicht charakterisieren“, sagt auch der technische Mitarbeiter. Menschen seien einfach zu verschieden.

Zwischen Arbeitslosen differenzieren möchte der Musiker und die Frage auch deshalb nicht beantworten, weil er einfach zu wenig Langzeitarbeitslose kennt. Auch der Betriebsrat weicht der Frage aus, er möchte sich nicht anmaßen, jemanden zu charakterisieren (was er allerdings dann doch tut).

Die Aussagen sind davon geprägt, ob unsere Interviewpartner eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit haben oder Angehörige betroffen waren oder sind.

Berichtet wurde im Abschnitt über die „Grundangst vor der Arbeitslosigkeit“ über den Sohn des Physikers und die Schwester des technischen Mitarbeiters, über Interessenlosigkeit und Aggressivität. Dass Arbeitslose dazu neigen sich „einzuigeln“, es ihnen zunehmend an Selbstbewusstsein mangelt, hat auch der Physiotherapeut festgestellt, dessen Praxis viele Arbeitslose aufsuchen.

„...deprimiert, traurig, hilflos, ratlos und voller Ängste...“

Da im Grunde genommen jeder erwerbstätige Mensch arbeitslos werden kann, müssen Arbeitslose so unterschiedlich sein wie Menschen es generell sind.

Dennoch ist es nicht schwierig, gemeinsame Merkmale zu zeigen. Dass Arbeitslosigkeit krank macht, ist längst bewiesen. Zahlreiche Erlebnisberichte, Interviews bestätigen diesen Eindruck.¹

So ist es anstrengend, arbeitslos zu sein: „Die seelische Belastung ist enorm. Arbeitslosigkeit macht wirklich keinen Spaß, und die viele Freizeit nutzt den Betroffenen überhaupt nicht. Unsere Forschungen zeigen, dass es fast kein anderes Lebensereignis gibt, das so schmerzt wie Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit. Daran gewöhnt man sich auch nicht...“²

Welche zerstörerische Kraft der Mangel an Beschäftigung hat, zeigt auch die bereits in den dreißiger Jahren erstellte Studie über Arbeitslose im österreichischen Marienthal.³

Daher ist es nicht verwunderlich, dass derjenige unserer Interviewpartner, der die meiste Erfahrung mit Arbeitslosen hat, eine sehr differenzierte Antwort gibt. „Langzeitarbeitslose sind oftmals sehr stark deprimiert, traurig, hilflos, ratlos und voller Ängste – Ängste, ganz speziell, was auch die Zukunft anbelangt,“ sagt der Physiotherapeut.

Wie sind Langzeitarbeitslose? „...vielleicht ein bisschen neben der Spur“, meint der Chemiker, und die Autorin wird noch deutlicher, wenn sie vom großen „Knick in der Psyche“ spricht.

Warum hat ein lange Zeit arbeitsloser Mensch solche Probleme? Mehrere der Interviewpartner geben auch darauf eine Antwort. Arbeitslosen fehlt „eine geachtete Tätigkeit“, die eine „gleichwertig bezahlte Tätigkeit“ ist, meint der Chemiker.

Sie kommen nicht zurecht „mit dem ständigen Nicht-Gebraucht-Werden und Nicht-Geschätzt-Werden und Nicht-Respektiert-Werden“, begründet die Autorin ihre Aussage.

Der Techniker spricht von Frust und Resignation, die sich einstellen, weil man entweder auf sein Leben zurückblickt und sich fragt, was man denn geleistet hat oder warum das viele Wissen brach liegt. Jüngere wollen noch etwas bewegen. Sie wollen auch nicht unbedingt gezwungen sein, unter „immer beschisseneren Bedingungen“ zu arbeiten.

„...wer mit so was rumläuft, der hat sich als Mensch aufgegeben.“

Es droht aber nicht nur der soziale Abstieg, sondern auch der persönliche. Gemeint sind Menschen, die „bestimmten Rauschmitteln oder dem Alkohol verfallen sind, die wahrscheinlich nie wieder irgendwo eine Chance haben, wenn sie nicht direkt davon wegkommen“, wie der Betriebsrat sagt.

Wer im Trainingsanzug einkaufen geht, hat sich als Mensch aufgegeben, zitiert der technische Mitarbeiter seinen Sohn.

Ältere Arbeitslose sind besonders betroffen, weil ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt so gering sind, dass selbst „die vielfältigsten Bemühungen“ (der Betriebsrat) nichts bringen.

Die gravierenden Folgen für den einzelnen Menschen werden hier noch deutlicher als in der Eingangsfrage, als allgemein nach Gefühlen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit gefragt wurde.

Die Interviewpartner haben, wenn sie Arbeitslose beschreiben, offenbar konkrete Menschen vor Augen, auch wenn sie diese nicht benennen. Deshalb werden nicht nur Eigenschaften beschrieben, sondern auch Handlungen.

¹ Gern, W., Segbers, F., (Hg.): Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt, Hamburg 2009.

² "Nichts schmerzt wie Langzeitarbeitslosigkeit". Interview mit Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. In: Spiegel online, 20.12.2006.

³ Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. (mit Paul F. Lazarsfeld, Hans Zeisel) Hirzel, Leipzig 1933, später: Frankfurt am Main 1975.

Er muss sich anders betätigen, als das die „Masse“ tut, meint der Chemiker. Aber da gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Der Techniker zählt auf: „zuhause zu hocken und Fernsehen zu gucken... oder zu trinken oder meinetwegen nur noch im Garten zu sitzen und auf die Welt zu schimpfen.“

Er beschreibt jedoch auch Menschen, die seit vier oder fünf Jahren arbeitslos sind, aber immer noch rotieren, viele Bewerbungsschreiben verfassen und weite Reisen unternehmen in der Hoffnung eine Arbeit zu finden.

Auch der Betriebsrat differenziert zwischen Menschen, deren sozialer Abstieg am Alkoholkonsum zu erkennen ist und solchen, die sich weiter um Arbeit bemühen.

Er und der Techniker, aber auch der technische Mitarbeiter verweisen zudem darauf, dass nicht nur Arbeit als solche wichtig ist, sondern auch die Arbeitsbedingungen und die Möglichkeit, in seinem Beruf zu arbeiten oder einer Tätigkeit nachzugehen, die der beruflichen Qualifikation und den Fähigkeiten des Menschen entspricht.

Insgesamt unterscheiden sich die Aussagen der Interviewten nicht wesentlich von denen der Projektgruppe. Natürlich gibt es wie bei Erwerbstätigen auch Menschen mit sehr unterschiedlichen Eigenschaften. Dennoch ist die Mehrzahl von ihnen ständig auf Arbeitssuche, häufig unzufrieden oder deprimiert. Manche sind verbittert oder fühlen sich ohnmächtig gegenüber den Verhältnissen. Die Folgen sind gesundheitliche Probleme, insbesondere psychosomatische Beschwerden. Angesichts der ausschließlich negativ bewerteten Folgen von Arbeitslosigkeit erscheint dies nur folgerichtig und stimmt mit denjenigen überein, die durch Untersuchungen belegt sind.

Sabine Müller

„... das reicht hinten und vorne nicht“

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Eine der Fragen des Interviews in Zusammenhang mit dem Bezug von Hartz IV lautete: „Sind Sie der Meinung, dass die Hartz-IV-Leistungen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen?“

Acht von neun Befragten beantworten diese Frage eindeutig mit Nein.

Besonders für Familien ist die Situation hart. Der Elektriker: „Nee, nee, das reicht hinten und vorne nicht, zumindest wenn du noch Kinder hast.“

Aber auch für den Einzelnen wird es als sehr schwer angesehen, Geld für kulturelle Veranstaltungen oder ähnliches übrig zu haben. Das Geld muss immer „abgeknapst“, also abgespart werden, sagt der Technische Mitarbeiter. Wenn man sich also ein Vergnügen gönnen möchte, wie z.B. einen Kinobesuch, muss man selbst für eine billige Karte auf etwas anderes verzichten.

Nur der befragte Musiker sah „vom Grundsatz her“ die Möglichkeit, als Hartz-IV-Empfänger am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Er führt an, dass seines Wissens niemandem in einem Verein die Mitgliedschaft gekündigt wurde, wenn der Betreffende aufgrund von Hartz IV seinen Beitrag nicht oder nicht pünktlich zahlen konnte.

Allerdings sieht auch dieser Befragte das Bedürfnis nach Hilfe für die Hartz-IV-Empfänger, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und lobt – wie auch andere – Ideen wie den Kulturpass, der kostenlosen Zugang zu verschiedenen kulturellen Einrichtungen der Stadt ermöglicht.

Auch die Autorin antwortet auf die Frage: „Das glaube ich nicht.“ Sie führt weiter aus, dass hier aus ihrer Sicht zum Beispiel Zusatzangebote von Seiten der Stadt möglich sind „...was die Kultureinrichtungen der Stadt zugänglich macht, ohne Eintrittsgeld zu nehmen...“

Im Interview schloss sich hieran die Frage nach Maßnahmen zur Gegensteuerung an, d.h. wie man Hartz-IV-Empfängern mehr kulturelles und gesellschaftliches Leben ermöglichen kann.

Das wird von den Befragten durchweg als wichtig erkannt, denn durch Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ergeben sich auch „Möglichkeiten zur Wiedereingliederung“ und „damit auch mehr Kontakte und Chancen“, so der Betriebsrat.

Der Jenaer Kulturpass wird besonders vom Physiker und dem Musiker lobend hervorgehoben. Trotzdem sagt z.B. der befragte Chemiker, dass ein so großer Teil der persönlichen Bestätigung von der Arbeit kommt, dass man es eigentlich durch nichts aufwiegen kann. Er sagt, nur mehr Arbeitsplätze und damit die Chance der Menschen, sich selbst ihren Unterhalt zu verdienen, würde allen nützen. Der Physiotherapeut und der Techniker äußerten sich auch in diesem Zusammenhang dahingehend, dass Hartz IV generell abgeschafft werden sollte. Sie befürworten ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle.

Eigene Ansichten

Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bedeutet nicht nur kulturelle Veranstaltungen. Die Einschnitte gehen tiefer. Man kann es sich nicht leisten, einfach mal essen zu gehen oder auch nur auf eine Tasse Kaffee ein Café zu besuchen. Auch die Wünsche der Kinder können diesbezüglich nicht mehr berücksichtigt werden. „Mama, kaufst Du mir ein Eis?“ wird ebenso unmöglich wie ein Besuch im Schnellrestaurant, der von Kindern meist heiß ersehnt wird.

Das wiederum sorgt bei allen Beteiligten, und speziell den Erwachsenen, für tiefen Frust. Es ist das Gefühl des Ausgegrenztseins, das sich mit solchen Dingen verstärkt. Diese Ansicht bestätigt der Techniker: „Das ist gewissermaßen dieses Ausgeschlossen-Sein von den Dingen, die eigentlich ganz normal sind.“

So trifft das auch für andere Dinge im gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu. Das Frustpotenzial verstärkt sich immer mehr. Man gehört gefühlsmäßig nicht mehr zu den anderen. Der Lebensstandard sinkt. Die Betroffenen sind für solche Erfahrungen sehr sensibel.

Bei vielen Menschen geht die Arbeitslosigkeit mit einer zunehmenden geistigen Abstumpfung einher. Sie bleiben zu Hause, Fernsehen und Zeitung werden zu den einzigen Informationsquellen. Das „sich Aufraffen“ zu einer Unternehmung fällt zunehmend schwer.

Aber gerade in dieser Hinsicht ist es wichtig, den Menschen die Möglichkeit zu geben, diesem Kreislauf zu entfliehen. Man sollte es ihnen ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Und das nicht nur durch Dinge wie den Kulturpass. Es sollte für jeden Betroffenen im Hartz IV – Regelsatz ein Betrag für diese Zwecke vorgesehen werden, der auch realistisch ausreicht, sich am „Draußen“ zu beteiligen.

Geistige Anregung ist für Menschen ohne Arbeit genauso wichtig wie für alle anderen. Durch den Besuch von Veranstaltungen oder Restaurants hat man das Gefühl des Dazugehörens, man nimmt am öffentlichen Leben teil. Man sieht und erfährt Dinge jenseits der eigenen vier Wände.

Man kommt mit anderen Menschen in Kontakt, knüpft neue Verbindungen. Und – wie der Betriebsrat bereits sagte -, Kontakte sind Chancen. Chancen auch auf einen neuen Arbeitsplatz oder eine Wiedereingliederung.

Fazit

Acht von neun Befragten verneinen, dass die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit Hartz IV möglich ist.

Ebenso fordern alle ein, Möglichkeiten zu finden, um den Betroffenen weiter den Zugang zu kulturellen Veranstaltungen u.a. zu ermöglichen.

Dies sollte auch und vor allem von staatlicher Seite geschehen. Ideen wie der Kulturpass sind zwar gut und werden von allen auch sehr gelobt, aber sie lösen das eigentliche Problem nicht. Denn hier ist es die Großzügigkeit der teilnehmenden Einrichtungen, die den Kulturpassinhabern kostenlosen Zutritt ermöglicht.

Die eigentliche Lösung ist eine entsprechende Erhöhung des Hartz-IV-Satzes oder eine staatliche Förderung, die Hartz-IV-Empfängern den kostenlosen Zutritt zu Veranstaltungen und in Einrichtungen ermöglicht, ohne auf die Großzügigkeit anderer angewiesen zu sein.

Beate Jonscher

„Sinninhalt des Lebens...“

Bedeutung der Erwerbsarbeit

Die Frage, ob die *Erwerbsarbeit* den Wert des Menschen bestimmt, wurde von einigen Interviewten - zum Teil mit Einschränkungen - bejaht, von anderen verneint. Einig waren sich alle über die große Bedeutung, die *Arbeit* im Leben eines Menschen hat.

Arbeit ist wichtig, um sich selbst verwirklichen zu können, sagt der Physiotherapeut. Arbeit als Möglichkeit der (Selbst)bestätigung sehen auch der Betriebsrat, der Techniker und der Physiker. Der Anspruch an sich selbst ist beim Physiotherapeuten und beim Betriebsrat auch an die Möglichkeit gebunden, sich durch Arbeit entwickeln zu können, zum Beispiel durch Weiterbildung.

Dem Leben Sinn geben

Arbeit soll auch Freude bereiten und Anerkennung bringen, so der Physiker. Der Musiker sieht in der Arbeit „einen der wichtigsten Sinninhalte des Lebens“. Auch für den technischen Mitarbeiter ist Arbeit wichtig, damit „er sein Leben besteht, dass er darin einen Sinn findet.“ Der Betriebsrat meint, ohne Arbeit lebe man in den Tag hinein, „ohne dass das Leben noch den Sinn erfüllt, wie man sich das eigentlich vorgestellt hat“.

Arbeit ist sinnstiftend – im positiven Sinn. Ohne Arbeit droht das Leben seinen Sinn zu verlieren. Das sieht auch der Techniker, der wie der Betriebsrat die Bedeutung von Arbeit aus der Perspektive ihres Fehlens betrachtet. So ist seiner Meinung nach das Selbstwertgefühl des Menschen davon abhängig, ob man Arbeit hat oder nicht

Arbeit ist weit mehr als Erwerbsarbeit – das ist diejenige Arbeit, die den Lebensunterhalt des Menschen sichert. Für einen Menschen, der freiberuflich arbeitet, kann das schon zum Problem werden. So leidet die Autorin darunter, dass sie nur anerkannt wird, wenn es ihr gelingt, mit ihren Büchern Geld zu verdienen. Sie teilt daher die Auffassung, dass die Erwerbsarbeit den Wert des Menschen bestimmt. Der Aussage eindeutig widersprechen nur der Physiotherapeut und der Elektriker.

Falsch gestellte Frage, Philosophie oder Vorurteil

Der Chemiker hält die Frage für falsch gestellt. Er meint, dass die Erwerbsarbeit eigentlich *nicht* den Wert des Menschen bestimmt, diese Gesellschaft aber „zum ganz überwiegenden Teil“ dieser Auffassung sei. Der Betriebsrat sieht hier die „Philosophie“ der Gesellschaft und der Musiker spricht von einem „Vorurteil.“

Der technische Mitarbeiter meint, dass die Erwerbsarbeit den Wert des Menschen bestimmt, schränkt aber ein, dass es dabei nicht entscheidend sei, um welche „Art von Erwerbsarbeit“ es sich handle.

In der Tendenz wird die Frage, ob die Erwerbsarbeit den Wert des Menschen bestimmt, eher verneint. Verstärkt wurde dies dadurch, dass die Frage in Verbindung mit einem Statement zur Nützlichkeit des Menschen gestellt wurde. Der Aussage „Nur, wer arbeitet, ist nützlich für die Gesellschaft“ wurde vor allen von denen verneint, die mit ihrer eigenen Arbeitssituation zufrieden sind – wie der Physiotherapeut und der Physiker. Der Elektriker, der als Leiharbeiter beschäftigt ist, antwortet auf die Frage: „Bestimmt die Erwerbsarbeit den Wert des Menschen?“ mit „Nö“, stimmt aber dem Statement zur ausschließlichen Nützlichkeit des arbeitenden Menschen zu. Dies tut auch der technische Mitarbeiter, der innerhalb des Unternehmens umgesetzt wurde und mit seinen jetzigen Aufgaben weniger zufrieden ist. Der Chemiker und der Techniker, deren Erwerbsbiographie Brüche aufweist, geben keine klare Antwort. So möchte der Techniker zunächst einmal Arbeit definieren und verweist darauf, dass auch Nachbarschaftshilfe Arbeit sei.

Völlig einig waren sich hingegen alle Befragten bei der Bewertung der „Nicht-Erwerbsarbeit“. Alle stimmten folgender Aussage zu: „Gute und nützliche Arbeit sollte nicht nur auf Erwerbsarbeit reduziert werden; andere Arbeiten wie Kindererziehung, Haushaltsführung oder ehrenamtliche Tätigkeiten sind genauso wertvoll und sollten auch finanziell anerkannt werden.“ Wer seine Haltung begründete, berief sich entweder auf die Kindererziehung, die Hausarbeit oder die ehrenamtliche Tätigkeit.

Für alle unsere - erwerbstätigen - Interviewpartner hat die Arbeit einen hohen Stellenwert im Leben. Die Auffassung, dass nur der arbeitende Mensch nützlich für die Gesellschaft ist, äußern diejenigen, die mit ihrer beruflichen Tätigkeit eher unzufrieden sind und ihre Erwerbsarbeit überwiegend als Arbeit zum Erwerb des Lebensunterhalts betrachten.

In den Interviews wird deutlich, dass die Frage nach dem Wert und der Nützlichkeit eines Menschen in dieser Gesellschaft unterschiedlich beantwortet wird, weil auch hier Vorurteile existieren.

Zwar kann sich der Mensch auch *außerhalb* einer Erwerbsarbeit nützlich machen, aber letztendlich wird seine Stellung in der Gesellschaft von seiner Berufstätigkeit bestimmt.

In den Köpfen etwas drehen...

Die Autorin möchte daher „in den Köpfen etwas drehen“. Sie wünscht sich, dass es „nicht mehr so wäre, dass wir drauf angewiesen sind, Geld zu bekommen, um uns wertvoll zu finden. Das wär' für mich das Allerwichtigste.“ Und fügt hinzu: „Aber das ... das ist die völlige Utopie, oder?“

Björn Vinx

Zwischen „tendenziös“ und „schlecht“

Die meisten Befragten urteilen negativ über die Hartz-IV-Berichterstattung

I. Einleitung

In der Rubrik „Einstellungen gegenüber Arbeitslosen“ enthielt der Fragebogen einige Unterpunkte, mit denen Wahrnehmungen und Meinungen erfragt werden sollten, die die Hartz-IV-Berichterstattung betreffen. Da die kollektiven wie individuellen Einstellungen zu Arbeitslosen maßgeblich durch Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen vermittelt sind, sollte festgestellt werden, welches Bild von Arbeitslosen die Befragten den Medien entnommen haben. Darüber hinaus sollten sie dieses kurz bewerten.

„Ein Großteil der Berichterstattung zu Hartz IV ist handwerklich schlecht gemacht und tendenziös“, so denken die Teilnehmer der Studie, und „vermittelt werden vor allem die klischeehaften Bilder des Opfers und Sozialbetrügers.“ Das ist der Hauptbefund der Auswertung der Interviews unter diesem Gesichtspunkt, denn fünf von acht Befragten bringen diese Meinung klar und unumwunden zum Ausdruck. Dieselben halten einen Großteil der journalistischen Arbeit für diffamierend. Sie äußern zudem den Verdacht, hinter vielen Artikeln und Sendungen stehe eine gegen Arbeitslose gerichtete politische Kampagne. Die übrigen drei Teilnehmer wünschen sich mehr Recherche und Qualität von journalistischer Seite sowie eine höhere Medienkompetenz auf derjenigen der Konsumenten.

Besonders interessant ist, dass diese Meinungen nicht bloß den Antworten der zu diesem Thema bestimmten Fragen entnommen werden können, sondern hier und da auch entlang anderer Fragen beiläufig geäußert wurden. Dies ist deshalb so bemerkenswert, da die einleitende Frage zum Unterpunkt „Hartz-IV-Berichterstattung“ suggestiv konzipiert wurde, lautete sie doch: „Wie

beurteilen Sie das folgende Statement: ‚Das medial vermittelte Bild über Hartz-IV-Empfänger als Betrüger und Faulenzer ist zwar hart, bestätigt sich aber immer wieder.‘ Trifft dies zu, oder trifft es nicht zu?¹ Dieser Umstand, die Tatsache, dass die Befragten auch in anderen Zusammenhängen negativ über die Hartz-IV-Berichterstattung urteilen, sowie ihre Einhelligkeit bestärken die Annahme, es mit halbwegs unverstellten Meinungsäußerungen zu tun zu haben, gegen methodische Einwände.²

II. Einerseits Klischees, die zutreffen; andererseits Medien und - Konsumenten, die es sich zu leicht machen.

„Wenn du jetzt Fernsehen guckst oder Zeitungen liest, die noch unterhalb der OTZ sind...“

Drei Befragte, also insgesamt ein gutes Drittel, antworten ausweichend, als sie das Statement einschätzen sollen, demzufolge Hartz-IV-Empfänger in den Medien oftmals als Faulenzer und Betrüger hingestellt werden. Eine davon ist eine 54 Jahre alte Familienmutter. Sie schreibt seit einigen Jahren Prosa. Sie sagt, sie sei nicht politisch, sondern nehme „als Schriftstellerin am Leben der Menschen teil.“ Ihre Zurückhaltung in der Beantwortung der Fragen führt sie auf ihren eingeschränkten Medienkonsum zurück. Was sie dann doch noch aussagt, spricht von einer gewissen Geringschätzung von Zeitung und Fernsehen, die auch die Lokalpresse einbezieht.

„[Ich lese] nur die Zeitung, und da auch nur die OTZ ...“, sagt sie, als sie nach der Rolle der Medien an der Erzeugung der gesellschaftlichen Meinungen über Arbeitslose gefragt wird. Auf diesen Satz folgt zudem der Zusatz: „Also, na ja, das ist halt so eine Tag zu Tag – Zeitung.“ Als sie daraufhin das Statement von den Faulenzern und Betrügern zur Einschätzung vorgelesen bekommt, antwortet sie ausweichend, äußert sich kritisch über die Qualität der Medien. Darüber hinaus erwähnt sie zwei gängige Klischees, nämlich das des Opfers und das des Sozialbetrügers, und betont, diese würden durch die Medien vermittelt, bestimmten einen großen Teil der Berichterstattung. „Also, wenn du jetzt Fernsehen guckst ... oder Zeitungen [liest], die ... noch unterhalb der OTZ [sind], da ist das tatsächlich so: Der Hartz-IV-Empfänger ist entweder ein Opfer ... oder einer, der nicht arbeiten will und nur abzockt“, fasst sie ihre Beobachtung zusammen.

„Dann sagen 50 Prozent der Leute: ‚Das hat da dringestanden.‘“

Dass ein Großteil der Berichterstattung zu Hartz IV handwerklich schlecht gemacht und tendenziös sei, würde neben der Autorin auch der 56-jährige technische Mitarbeiter nicht ohne eine Reihe von Einschränkungen sagen. Diese resultierten nicht aus einem eingeschränkten Medienkonsum, sondern wären vielmehr durch seine politischen Überzeugungen motiviert, ist er doch ein gläubiger Katholik und der CDU zugeneigt. So überrascht es nicht, dass er bei aller Kritik der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse diese insgesamt positiv bewertet – vor allem, wenn verglichen mit denjenigen der DDR-Vergangenheit. In Übereinstimmung damit äußert er sich differenziert über die Hartz-IV-Berichterstattung. Dass diese bestimmte Zwecke verfolge, so etwa für politische Kampagnen stehe, hält er ausdrücklich für eine fehlgeleitete

¹ Die weiteren Fragen zum Themenkomplex Hartz-IV-Berichterstattung lauteten: „Welche Rolle spielen ihrer Meinung nach Medien, wenn es um das Bild von Arbeitslosen geht?“ und „Wie bewerten Sie die Hartz-IV-Berichterstattung?“

² Eines der allgemeinen methodischen Probleme ist das der Vergleichbarkeit der Interviews. Es resultiert neben anderen Dingen auch aus der Unterschiedlichkeit der Interviewer und ihrer jeweiligen Interview-Führung. So haben die Interviewer von einer gewissen Freiheit Gebrauch gemacht, sich beispielsweise nicht immer an den Wortlaut der Fragen gehalten oder Kommentare abgegeben. In einem Fall, demjenigen des Betriebsrats und Feinoptikers, wurde sogar versäumt, alle Fragen zur Hartz-IV-Berichterstattung zu stellen. In diesem Fall wurde lediglich die Suggestivfrage gestellt, auf die der Befragte mit einer Kritik der „Bildzeitungsmentalität“ einiger Medien reagierte. Aufgrund der fehlenden zusätzlichen Fragen wird dieses Interview in der vorliegenden Auswertung nicht berücksichtigt.

Wahrnehmung. Besorgt ist er hingegen, wenn er an die Medienkompetenz seiner Mitbürger denkt. „Medien können manipulieren“, räumt er ein, appelliert aber als freiheitlich Gesinnter zugleich an das selbständige Denken und die Urteilskraft des Einzelnen, um dieser Gefahr vorzubeugen.

„Wenn der Zeitungsredakteur einen Artikel schreibt, dann sagen 50 Prozent der Leute: ‚Das hat da dringestanden.‘ Hier gerade bei uns in der ehemaligen DDR ist das so. Dass das die Meinung von einem Einzelnen ist, das wird nicht gesehen“, hebt der technische Mitarbeiter hervor. In dem Maße, in dem die Kompetenz der Konsumenten unterschiedlich ausgebildet sei, seien auch die Formate der Artikel und Sendungen von unterschiedlicher Qualität, führt er weiter aus. „BILD und Stern, zwei Zeitungen schreiben über den gleichen Vorfall, das kommt zweimal ganz unterschiedlich an – das sind eben Medien“, zieht er sein Fazit.

„Da wünschte ich mir objektivere Recherche und Vermittlung, das würde ich korrigieren.“

Unter den drei Befragten, die zurückhaltend oder differenziert auf das Statement antworten, demzufolge Hartz-IV-Empfänger in den Medien oftmals als Faulenzer und Betrüger hingestellt werden, ist zuletzt auch ein 1961 in der BRD geborener Musiker. Zum Teil sei das Statement zutreffend, sagt er. Über die Arbeit einiger Fernsehsender und Zeitungen, insbesondere der Bildzeitung, äußert er sich dennoch unzufrieden. Gebe es einerseits Faulenzer und Sozialbetrüger, so gebe es andererseits auch oberflächliche und ethisch fragwürdige Medien, urteilt er.

„Jammern gilt nicht – Wir leben von Hartz IV und können sogar noch sparen“, titelte die Bildzeitung im April 2009 und berief sich dabei auf Aussagen der Gelsenkirchener Familie Fesselmann, die zuvor bereits in anderen Zusammenhängen eine Vielzahl von Talkshow-Auftritten bei Privatsendern absolviert hatte. Es sind vermutlich Berichte dieser Machart, die der Musiker vor Augen hat, wenn er sagt: „... es ist jetzt vielleicht einen Monat her, da las ich eine Überschrift in der Bildzeitung und dachte: So kann man mit dem Thema, mit so einer Schlagzeile allein, nicht umgehen.“ Ähnlich denke er über eine Vielzahl der Fernsehsendungen, berichtet er weiter. „... das Fernsehen ist ein Medium und die Bildzeitung ist auch ein Medium, das ich am liebsten korrigieren würde“, schließt er seine Ausführungen.

III. Politische Kampagne mit den Mitteln der Ausgrenzung

„Um billigere Arbeitskräfte, darunter auch ausländische, zu bekommen.“

Es sind fünf Befragte, und damit insgesamt knapp zwei Drittel, die die Berichterstattung zu Hartz IV für handwerklich schlecht gemacht und tendenziös halten, in den Medien nur klischeehafte Bilder von Arbeitslosen gezeichnet sehen und dahinter eine vorwiegend gegen Arbeitslose gerichtete politische Kampagne vermuten. Dabei handelt es sich mit Ausnahme eines 60-jährigen Elektrikers aus Lobeda-Ost, der sich seit der Wende als Leiharbeiter durchschlagen muss und sein Leben als einen „permanenten Kampf“ charakterisiert, um akademisch gebildete und ökonomisch abgesicherte Personen.

Der Elektriker ist hier vorangestellt, da er nicht zu den vehementen und konsistenten Kritikern der Berichterstattung gezählt werden kann, traut er dieser auch nicht über den Weg. Seine Haltung ist diesbezüglich sehr widersprüchlich. Denn äußert er auch einerseits ein tiefes Misstrauen gegenüber den unabhängigen und öffentlichen Medien, die er als „Manipulationen der Massen“ bezeichnet, um diese zur Aufgabe sozialer Rechte zu bewegen und für einen härter werdenden Arbeitsmarkt gefügig zu machen, so lehnt er damit nicht zugleich auch die Klischees des Faulenzers und Sozialbetrügers als sachlich unbegründet ab.

Vermutlich lenkt er den Druck seiner eigenen prekären Lage nicht nur auf „Politiker und Wirtschaftsbosse, die unser Geld verschwenden und uns ausnehmen“, sondern auch auf Faulenzer und Ausländer. Letztere, so seine Interpretation der Verhältnisse, hole die Politik

gezielt ins Land, um den Druck auf die Löhne zu verschärfen. Hierzu sei auch Hartz IV eingeführt worden. Faulenzer und Sozialbetrüger wiederum hält er für existent und belastend, da es nicht angehen könne, dass sich Leistung nicht mehr richtig lohne. So hält er es für „teils berechtigt, dass Hartz-IV-Empfänger bis jetzt vorwiegend schlecht weggekommen sind“, verfolgten die Medien damit auch bestimmte Zwecke. Die politische Kampagne, die er wittert, richtet sich vor allem gegen ihn, gegen gering qualifizierte und schlecht bezahlte Arbeitnehmer. Hierzu passt auch, dass er die Bildzeitung und Boulevard-Medien nicht ausdrücklich kritisiert. Seinem allgemeinen Misstrauen zum Trotz handelt es sich hierbei vermutlich um die Medien, die er am liebsten konsumiert, die ihn ansprechen und denen er am wenigsten misstraut.

„Bewusste Stimmungsmache gegen Hartz-IV-Empfänger, ganz im Sinne der Regierung“

Zu einer ganz anderen, wenn auch ähnlich fundamentalkritischen Einschätzung gelangt ein 1952 geborener Diplom-Physiker. Existenzsorgen, wie sie den Elektriker plagten, sind ihm fremd. Er verfügt über eine ungebrochene Arbeitsbiographie mit ansehnlichen Erfolgen.

An der Vorherrschaft einseitiger Klischees von Arbeitslosen würden die Medien eine große Verantwortung tragen, streicht er heraus. Genauer sagt er: „... die Berichterstattung ist Meinungsmache. Für viele ... gibt es kein Hinterfragen.“ Gefragt, ob die Berichterstattung bestimmte Zwecke verfolge, sagt er zudem: „Das ist bewusste Stimmungsmache gegen Hartz-IV-Empfänger, ganz im Sinne der Regierung. Damit kann sie von anderen Themen ablenken.“

Nahezu identisch äußert sich auch ein Physiotherapeut mittleren Alters, der einem ostdeutschen Künstlermilieu entstammt. Er fühlt sich ebenso wie der Diplom-Physiker dem linken politischen Spektrum zugehörig. „Es ist immer die Frage, welche Partei dahinter steht. [...] Ich halte diese ... Medienkampagnen für untragbar und verlogen“, sagt er.

„Da wird skandalisiert, um Leistungen weiter zu kürzen – das ist denen auch gut gelungen.“

Recht ausführlich äußert ein 1964 geborener Techniker mit Erfahrungen der Arbeitslosigkeit den Verdacht, die Hartz-IV-Berichterstattung sei sozialpolitisch motiviert. Wie zuvor schon die Autorin glaubt auch er zwei gegenläufige Motive ausmachen zu können – nämlich dasjenige des Sozialbetrügers und dasjenige des Opfers. Während das letztere wohl eine Art Hartz-IV-Heroentum heraufbeschwören solle, so etwa in Gestalt der Alleinerziehenden, die trotz aller Not nicht aus dem Fenster springt, sondern vielmehr dennoch ihre Kinder gut erzieht, solle das Bild des Faulenzers die Meinung kreieren, den Arbeitslosen ginge es noch zu gut. Die hätten genug zum Leben und daher könne man ihnen einen Teil der Leistungen kürzen.

„Der Zweck ist schon ziemlich eindeutig“, urteilt der Techniker gerade heraus, „... [es geht darum,] Einfluss auf die öffentliche Meinung auszuüben, um Verschärfungen im sozialen Leistungsbereich durchzudrücken. Ich sehe da einen allgemeinen Einstellungswandel, der in den letzten 10 Jahren zu verzeichnen ist, dass jeder selbst zurecht kommen muss, und ich führe das ganz deutlich auf diese Medienarbeit zurück.“

In diesem Sinne urteilt auch ein Chemiker mittleren Alters, der eine weitgehend ungebrochene Erwerbsbiographie als wissenschaftlicher Angestellter vorweisen kann. Die Medien seien ganz einfach „Mittel zum Zweck“, hält er fest, „um Arbeitslose zu diskreditieren.“ Folglich sei die Berichterstattung „einseitig und polarisierend.“

IV. Fazit

Die Mehrheit, genau gesprochen fünf von acht Befragten, halten die Berichterstattung zu Hartz IV für handwerklich schlecht gemacht und tendenziös. Die Bilder oder auch Motive, die sie den Zeitungen und Sendungen entnehmen, entsprechen vorwiegend den Klischees des Sozialbetrügers, Faulenzers und Opfers. Sie äußern zudem die Vermutung, die journalistische

Arbeit sei durch politische Kampagnen motiviert, die sich vorwiegend gegen Arbeitslose richten und mit Mitteln der Ausgrenzung arbeiten.

Die übrigen drei Teilnehmer der Studie äußern sich auch kritisch und unzufrieden über die Medien, nehmen dieselben Klischees wahr und halten diese für einseitig. Darum wünschen sie sich mehr Recherche und Qualität von journalistischer Seite, ein Befragter appelliert zudem an die Eigenverantwortlichkeit der Bürger, fordert von diesen mehr Medienkompetenz ein.

Zum einen spiegelt dieses Ergebnis, ist es auch nicht repräsentativ, ein kritisches Potential wider, das sich an die Politik richtet. Es geht eben nicht vernünftig und fair zu, ließe sich demzufolge sagen, wo Politik nicht mit Argumenten und im Dialog, sondern all zu sehr mit Mitteln ausgrenzender Stimmungs- und Meinungsmache regiert. Gerade in Demokratien muss dies bedenklich erscheinen. Dies gilt auch für den Fall, dass es sich bei den herausgearbeiteten Einschätzungen nur um irrige Meinungen handelte. Wenn eine Vielzahl der Bürger den Worten und Methoden ihrer Regierung nicht mehr traut, sondern diese als manipulativ einschätzt, wird auf Dauer die politische Kultur schwer belastet.

Zum anderen ist bedenklich, dass keiner der acht Befragten explizit oder wenigstens implizit etwas Positives über die Berichterstattung ausgesagt hat. Schließlich werden die Medien nicht ohne Grund auch als die „vierte Gewalt“ unseres Gemeinwesens bezeichnet, der die Funktion zukommt, zu informieren und aufzuklären. Hierzu braucht es aber ebenso wie im Falle der Politik ein Mindestmaß an Glaubwürdigkeit. Im Falle sozialpolitischer Berichterstattung und Hartz IV ist dieses minimale demokratische Quantum an Glaubwürdigkeit – einmal angenommen, das vorliegende Ergebnis sei repräsentativ – vielleicht schon unterschritten.

Björn Vinx

Unbezahlte Beschäftigungen sind sinnvoll, aber kein Ersatz für reguläre Jobs

Erwerbslosigkeit und Ehrenamt

Zusammenhänge von „Arbeit“ und „dem Wert eines Menschen“ sind ein, wenn nicht gar das zentrale Themenfeld der vorliegenden Studie. Jedenfalls lassen sich sämtliche Fragen und Antworten auf diese Begriffe beziehen.

Arbeit bestimmt für den modernen Menschen nicht nur seinen ökonomischen Wert, seine Kaufkraft oder auch finanzielle Unabhängigkeit, sie bestimmt auch maßgeblich den Grad seines sozialen Eingebundenseins. Gute Arbeit ist zudem sinnstiftend, verleiht soziale Rollen, die Identität vermitteln oder gar mit Ansehen verbunden sind. „Unsere Gesellschaft braucht gute Lehrer“, sagen etwa einige. Und wer diesem Beruf engagiert nachgeht, verdient nicht nur ganz gut, sondern ist auch von besonderem Nutzen für das Allgemeinwesen, würden die, die so über Pädagogen denken, hinzufügen.

So überrascht es nicht, dass die Teilnehmer der vorliegenden Studie mit Arbeitslosigkeit nicht nur den Verlust ökonomischer Werte assoziieren, sondern auch einen existentiellen Mangel an sozialem Wert, also an Kontakten, an Ansehen sowie sinnstiftenden Perspektiven. Statt dessen ist in solchen Zusammenhängen von Langeweile, Einsamkeit, Alkoholismus, Depression, geistiger Verödung und sozialem Abstieg in Milieus der „Unterschicht“ die Rede. Und wie in den gesellschaftspolitischen Diskursen spiegeln die Meinungen der hier Befragten zu ehrenamtlichen und alternativen Formen der Arbeit recht deutlich diesen Zusammenhang wider. Zwar leistet eine ehrenamtliche Tätigkeit oder andere Form unbezahlter Beschäftigung finanziell keine Abhilfe, steigert nicht den ökonomischen Wert, so ist sie dennoch begrüßenswert, wenn nicht gar verpflichtend, um dem mit Arbeitslosigkeit assoziierten Verfall des sozialen Wertes eines

Menschen etwas entgegen zu setzen.³ „Auf diese Weise“, könnte man zuspitzend sagen, „kann der Arbeitslose für die Gesellschaft und für sich selbst wieder einen Wert erlangen.“

Keine richtige Arbeit

Ehrenamtliche oder unbezahlte Beschäftigungen aber schaffen keine Abhilfe im Portemonnaie. Und schlimmer als das: Je öfter in der gesellschaftspolitischen Diskussion von einer Pflicht Arbeitsloser zu unbezahlten Tätigkeiten die Rede ist, desto eher entsteht bei manchen der Eindruck, es könnten neue Formen sittenwidriger Arbeit aufkommen. So ist der interviewte Chemiker empört und sieht einen Zwang, dass jemand die gleiche Arbeit wie ein „ordentlicher Arbeitnehmer“ machen muss und „dass man die Leute regelrecht in Ehrenämter drückt.“

Und der Betriebsrat fordert eine Bezahlung für alternative Beschäftigungen von Arbeitslosen. „Auch für den Arbeitslosen müssen sich solche Tätigkeiten auszahlen“, sagt er.

Abweichend von den anderen Befragten versteht der Musiker alternative Tätigkeiten Arbeitsloser zumindest indirekt als ökonomisch wertvoll für die Betroffenen. „Das gibt einem die Gelegenheit, Stärken und Begabungen einzubringen und nach Möglichkeiten zu suchen, sich damit selbständig zu machen“, sagt er.

Eine gute, sinnvolle Sache

Will er nicht seinen sozialen Wert verlieren, muss der moderne Mensch arbeiten. „Das kann für den Lebensinhalt ganz wichtig sein“, sagt etwa der Musiker in diesem Zusammenhang.

Am anschaulichsten buchstabiert der Techniker den Gedanken aus, dass Arbeitslose eine Tätigkeit brauchen, damit sie sich sozial stabilisieren können: „Such dir eine sinnvolle Arbeit, sinnvolle Beschäftigung, die dich auch ausfüllt. Ob das was ehrenamtliches oder Vogelbeobachtung ist, will ich ihm gar nicht vorschreiben. Sondern er muss gewissermaßen etwas finden, was für ihn im Leben wichtig ist. Sei es, dass er sich meinetwegen um Enkel kümmert oder sei es sonst etwas. Das Blödeste ist, zuhause zu hocken und Fernsehen zu gucken, zu trinken oder meinetwegen nur noch im Garten zu sitzen und auf die Welt zu schimpfen.“

Fazit

Die Befragten der vorliegenden Studie gehen in ihren Antworten von einem starken Zusammenhang zwischen Arbeit und dem Wert eines Menschen aus. Arbeit, der Begriff ist hier weit gefasst, ist in ihren Augen konstitutiv für das soziale Leben und die Identität des Einzelnen. Sind unbezahlte Tätigkeiten auch prekär, da sie finanziell keine Abhilfe leisten, so sind sie doch notwendig. Arbeitslose sind dann Menschen, die sich auf alle Fälle etwas Sinnvolles suchen sollten, etwas machen müssen, selbst wenn es ihre Chancen auf einen regulären Job nicht steigert.

³ Die Frage dieses Abschnittes lautete: „Wie sollten sich ihrer Meinung nach ältere Langzeitarbeitslose über 50 verhalten, deren Chancen ja gering sind, wieder eine feste Stelle zu bekommen? Sollten sie trotzdem weiter aktiv nach neuen Jobs suchen müssen oder sollte ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich in ihrer Erwerbslosigkeit einzurichten und anderen Arbeiten nachzugehen?“

Nachwort

Dieses Buch zu schreiben war uns wichtig. Am Anfang war uns noch nicht klar, dass das Ergebnis unserer Interviews und Diskussionen zu diesem Buch führen würde. Aber die Erkenntnisse und Meinungen sollten einen Niederschlag finden, darüber waren wir uns schnell einig.

Wir hatten auch keine Erfahrung mit Zeit und Aufwand, die das Verfassen eines solchen Werkes beansprucht. Und es stellte sich rasch heraus, dass es zeitlich und quantitativ viel Arbeit beanspruchte.

Die Suche nach Interviewpartnern gestaltete sich schwierig. In der Absicht, mit den interviewten Personen einen Querschnitt der Gesellschaft darzustellen, suchten wir in den unterschiedlichsten Berufsgruppen und Gesellschaftsschichten nach Menschen, die bereit waren, unsere Fragen zu beantworten. Wir sicherten allen Befragten Anonymität zu. Trotzdem traten einige potenzielle „Interviewkandidaten“ von ihrer Gesprächsbereitschaft zurück oder verweigerten ein Interview. Bei einigen war möglicherweise die Angst, doch identifiziert werden zu können, sowie die Angst um den Arbeitsplatz bei zu deutlichen Äußerungen die treibende Kraft dafür.

Deshalb möchten wir uns nochmals sehr für den Mut und die Offenheit unserer Interviewpartner bedanken. Ohne sie hätten wir dieses Projekt nicht verwirklichen können.

Im Rahmen der Auswertung konnten wir nur auf einige der gestellten Fragen ausführlich eingehen. Der gesamte Fragebogen umfasste in seiner Endfassung 47 Fragen und Statements plus 14 Fragen zu biographischen Angaben der befragten Person.

Es gab Fragen zur Erwerbsbiographie, es ging um die Einstellung der Interviewten zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Außerdem wurde nach Einstellungen gegenüber Arbeitslosen und Arbeitslosigkeit gefragt. Weitere Themen waren die Hartz IV-Gesetzgebung, eventuelle eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit sowie das Sicherheitsempfinden des eigenen Arbeitsplatzes und die Einstellung zur Arbeit.

Die Interviews dauerten jeweils ein bis zwei Stunden.

Nicht für alle interessanten Fragen war es möglich, ein einzelnes Kapitel zu schreiben. Deshalb soll an dieser Stelle noch einmal auf drei Themen eingegangen werden.

1. Die Situation in Jena

Jena wird gern als der „Leuchtturm“ des Ostens bezeichnet. Tatsächlich weist Jena eine - im Vergleich zu anderen Städten in Ostdeutschland- niedrige Arbeitslosenquote auf, und die meisten Menschen geben an, hier gerne zu leben. Jena ist nach wie vor bei Studenten aus aller Welt beliebt, die zum offenen Flair der Stadt und dem kulturellen Leben beitragen.

Auch unsere Interviewpartner äußerten sich dahingehend. Jena wird als Hochtechnologiestandort geschätzt und besitzt mit Universität, Fachhochschule und zahlreichen Instituten viel Anziehungskraft. Dazu kommen berühmte Namen wie Carl Zeiss, Ernst Abbe und Otto Schott.

Diese Situation ist Glück für die Stadt, darin sind sich die Befragten einig. Wären diese Einrichtungen nicht vorhanden, würde es Jena nicht anders ergehen als den meisten ostdeutschen Städten, in denen nach der Wende die Industrie zusammenbrach oder die gezielt deindustrialisiert wurden. Man darf nicht vergessen, dass auch in Jena viele Tausend Menschen zunächst ihre Arbeit verloren und teilweise auch nicht ins Arbeitsleben zurückkehrten. Wie in anderen Städten leiden auch hier viele Menschen unter den psychischen Folgen des plötzlichen Verlustes von Arbeitsplatz und Sicherheit.

Das große und vielfältige kulturelle Angebot ist für viele neben der schönen Lage Jenas ein deutlicher Pluspunkt für die Stadt. Doch auch in Jena wird an kulturellen Angeboten zum Teil heftig gekürzt. Besonders Jugendclubs und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Leute in problematischeren Stadtbezirken waren und sind davon betroffen oder bedroht.

2. Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit

Was kann und soll der Staat tun, um Arbeitsplätze zu schaffen? Eine schwierige und brennende Frage. Mit einem konkreten Handlungsvorschlag taten sich die von uns Befragten schwer, aber allen ist klar, dass es so nicht viel länger weiter gehen kann.

Nur der Technische Mitarbeiter gab an, die Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen seien ausreichend und gut.

Vorschläge für Maßnahmen waren unter anderem Diätenkürzung der Politiker und Verwendung der Gelder an anderen Stellen.

Es sollte, so die Meinung des Chemikers, im ureigensten Interesse von Politik und Wirtschaft liegen, die Menschen in Lohn und Brot zu bringen. Denn nur so steigen der Konsum und die Steuereinnahmen des Landes.

Einzelne Kommunen oder Städte stellen Projekte auf die Beine, um Arbeitsplätze zu schaffen. Teilweise mit Erfolg, doch diese Projekte werden nicht großflächig unterstützt oder abgewandelt in anderen Gegenden des Landes angewendet.

Es scheint so, als gäbe sich die Regierung auf der einen Seite alle Mühe, würde aber andererseits gute Ideen nicht unterstützen. Maßnahmen wie Weiterbildungen und Umschulungen, denen sich Arbeitslose unterziehen müssen, sind eher eine Art Beschäftigungstherapie und bringen den Betroffenen nichts. Sie sind danach genauso arbeitslos wie vorher. „Das ist wieder der Trick mit der Statistik.“, sagt der Elektriker. Menschen, die auch nur irgendeine Art von Beschäftigung haben, fallen sofort aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Diese wird dadurch in großem Stil geschönt.

3. Absicherung von Alter und Krankheit

Bemängelt wird hier zunächst der Unterschied zwischen Privat- und Kassenpatient. „Es sollte jeder Mensch als Individuum gleich versorgt werden von der Gesundheitsvorsorge, egal ob er 1.000 € oder 10.000 € im Portemonnaie hat.“, sagt der Betriebsrat.

Für das Alter fühlen sich besonders diejenigen Befragten abgesichert, die ihr Arbeitsverhältnis als relativ sicher einschätzen. Trotzdem gibt es außer dem Musiker keinen, der nicht Angst vor Arbeitslosigkeit hat.

Außerdem können unvorhergesehene Ereignisse und Krankheiten die Situation schnell verändern und die Sicherheit der späteren Versorgung in Frage stellen – so auch die Befürchtung vieler.

Die Lebenssituation im Ganzen wird als unsicherer und risikoreicher empfunden. Gerade Menschen, die nicht viel Geld verdienen oder konkrete Angst um ihren Arbeitsplatz haben, fürchten, im Alter nicht genügend Geld zu haben. Durch Rentenkürzungen und fehlende Möglichkeiten einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge sehen sie dem Rentendasein mit Angst und Skepsis entgegen.

Eigentlich wird man nie richtig fertig mit einem solchen Buch. Die Interviews wurden bis zum Herbst 2009 geführt. Danach begann die Auswertung.

Das politische und gesellschaftliche Geschehen sind ein fortdauernder und dynamischer, sich stets ändernder Prozess. Wir wurden immer wieder auf neue Fakten und Veränderungen aufmerksam und entdeckten auch bei unseren Recherchen immer wieder Neues und Wissenswertes. Doch irgendwo mussten wir einen Schlusspunkt setzen.

Viele Fragen konnten im Rahmen unseres Projektes noch nicht beantwortet werden. Vielleicht können wir uns bei einem neuen Projekt einigen weiteren interessanten Themen aus unserem Fragenkomplex widmen.